

PROTOKOLL

über die 5. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 17. März 2016, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Gerald Hackl als Vorsitzender

VIZEBÜRGERMEISTER:

Wilhelm Hauser
Dr. Helmut Zöttl
Ingrid Weixlberger

STADTRÄTE:

Dr. Michael Schodermayr
Dr. Mario Ritter
Gunter Mayrhofer –
(ohne GR-Mandat)
Mag. Reinhard Kaufmann –
(ohne GR-Mandat)

GEMEINDERÄTE:

Rudolf Blasi
Helga Feller-Höllner
MMag. Michaela Frech
Pit Freisais
Michaela Greinöcker
Rosa Hieß
Ing. Franz-Michael Hingerl
Josef Holzer
Thomas Kaliba
Matthias Kaltenböck
Mag. Barbara Kapeller
Evelyn Kattnigg, BA (FH)
Heidmarie Kloiber
David König
Lukas Kronberger

Maria Lindinger, MSc
Natascha Payrleithner
Uwe Pichler
Mag. Kurt Prack
Florian Schauer
Birgit Schörkhuber, BEd
Rudolf Schröder
Ing. Thomas Schurz
Mag. Erwin Schuster
Dr. Markus Spöck, MBA
Arno Thummerer
Silvia Thurner
Ursula Voglsam
Anneliese Zimmermann
Ing. Wolfgang Zöttl, BEd

VOM AMT:

Dr. Kurt Schmidl
Dr. Martina Kolar-Starzer
Mag. Helmut Lemmerer
Dr. Michael Chvatal
Thomas Schwingshackl

ENTSCHULDIGT:

Heidmarie Kloiber
Maria Lindinger, MSc
Anneliese Zimmermann

PROTOKOLLFÜHRER:

Dr. Kurt Schmidl
Sibylle Huber

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOGR.

VERHANDLUNGSABLAUF:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG;
FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSS-
FÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

GRⁱⁿ Helga Feller-Höller
GR Dr. Markus Spöck, MBA

- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATS gem. § 54 Abs. 3 StS
(Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderats-
mitglieder zugestellt. Eine gelistete Aufstellung der gefassten Beschlüsse liegt dieser
Einladung bei.)
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

INHALTSVERZEICHNIS:

1) Sport-7/99	Sportförderungsrichtlinien der Stadt Steyr – Änderungen 2016.....	12
2) Fin-20/14	Naturfreunde Steyr – Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention für die Errichtung einer Kletterhalle im Resthof.	13
3) Fin-125/10	Bedarfszuweisung für das Museum Arbeitswelt; Weiterleitung.	14
4) Fin-120/15	Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2015 in das Finanzjahr 2016.....	16
5) VerkR-214/14	Oö. Nah- und Regionalverkehrs-Finanzierungsgesetz; Kostenbeitrag der Stadt Steyr für verbundbedingte Leistungen für das Jahr 2016.	16
6) BauStr-15/99	Wieserfeldplatz Garagen GesmbH, Änderung von Verträgen.	17
7) Ges-9/16	Auflösung und Liquidation der Stadtmarketing Steyr GmbH.....	19
8) Präs-10/16	Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Stadtrat a. D. Roman Eichhübl.	22
9) Präs-387/15	Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Vizebürgermeister a. D. Walter Oppl.....	28
10) Präs-26/16	Resolutionsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion – „Nein zum Durchgriffsrecht der Bundesregierung“.....	30
11) Präs-40/16	Resolutionsantrag – Die Grünen Steyr; Keine Kürzung bei der Mindestsicherung für anerkannte Flüchtlinge – Resolution an den Oö. Landtag; Keine Beschränkung der Mindestsicherung für Familien – Resolution an die österreichische Bundesregierung.....	37
12) FW-1/16	Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.....	47
13) GHJ2-4/16	Erste Etappe Akustikdecken – NMS Ennsleite.....	48
14) GHJ2-14/12	Fünfte Etappe Behebung der Mängel der Elektroinstallationen sowie Erneuerung der Beleuchtungskörper – NMS Ennsleite.	49
15) GHJ2-13/15	Zweite Etappe Sanierung der Klassenräume – NMS Tabor.	50
16) GHJ2-12/15	Zweite Etappe Malerarbeiten – NMS Punzerstraße.....	51
17) GHJ2-10/16	Schaffung von Kleinkindergruppen und einem Bewegungsraum Kindergarten Grandyplatz.	52
18) GHJ2-15/13	Vierte Etappe Behebung der Mängel der Elektroinstallationen sowie Erneuerung der Beleuchtungskörper – NMS und NMMS Promenade....	54
19) GHJ2-15/15	Zweite Etappe Sanierung der Klassenräume – NMS und NMMS Promenade.	55

20)	GHJ2-7/15	Zweite Etappe Sanierung der Klassenräume – Volksschule Wehrgraben.	56
21)	GHJ2-1/16	Sanierung des Turnsaales – Volksschule Ennsleite.	57
22)	SBS-6/16	Stadtbad Steyr – Preisanpassung Freibad per 1.5.2016.	58
23)	SBS-15/16	Einführung eines Übernahmetarif für Bauschutt und Baurestmassen im ASZ Steyr.	61
24)	GHJ2-76/11	Änderung des Mietvertrages mit der Stadtbetriebe Steyr GmbH über die Nutzung von Räumlichkeiten im Objekt Steyr, Ennsnerstraße 10.	63
25)	SBS-18/16	Eisbearbeitungsmaschine – Klage auf Wandlung.	64
26)	Fin-147/14	Private Kinderbetreuungseinrichtungen in Steyr, Änderungen der Endabrechnungen der Pfarrkindergärten Wieserfeldplatz und Münichholz für das Betreuungsjahr 2014/15.	65
27)	BauStrP-2/16	Asphaltierungsprogramm 2016; Vergabe der Arbeiten.	67
28)	Fin-259/15	AKKU Kulturzentrum Steyr – Jahressubvention 2016.	69
29)	Fin-36/16	Frauenstiftung Steyr; Subventionsansuchen 2016.	70

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

- 1) Sport-7/99 Sportförderungsrichtlinien der Stadt Steyr – Änderungen 2016.
- 2) Fin-20/14 Naturfreunde Steyr – Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention für die Errichtung einer Kletterhalle im Resthof.
- 3) Fin-125/10 Bedarfszuweisungsmittel für das Museum Arbeitswelt; Weiterleitung.
- 4) Fin-120/15 Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2015 in das Finanzjahr 2016.
- 5) VerkR-214/14 Oö. Nah- und Regionalverkehrs-Finanzierungsgesetz; Kostenbeitrag der Stadt Steyr für verbundbedingte Leistungen für das Jahr 2016.
- 6) BauStr-15/99 Wieserfeldplatz Garagen GesmbH, Änderung von Verträgen.
- 7) Ges-9/16 Auflösung und Liquidation der Stadtmarketing Steyr GmbH.
- 8) Präs-10/16 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Stadtrat a. D. Roman Eichhübl.
- 9) Präs-387/15 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Vizebürgermeister a. D. Walter Oppl.
- 10) Präs-26/16 Resolutionsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion – „Nein zum Durchgriffsrecht der Bundesregierung“.
- 11) Präs-40/16 Resolutionsantrag – Die Grünen Steyr; Keine Kürzungen bei der Mindestsicherung für anerkannte Flüchtlinge – Resolution an den Oö. Landtag; Keine Beschränkung der Mindestsicherung für Familien – Resolution an die österreichische Bundesregierung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

- 12) FW-1/16 Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.
- 13) GHJ2-4/16 Erste Etappe Akustikdecken – NMS Ennsleite.

- 14) GHJ2-14/12 Fünfte Etappe Behebung der Mängel der Elektroinstallati-
onen sowie Erneuerung der Beleuchtungskörper – NMS
Ennsleite.
- 15) GHJ2-13/15 Zweite Etappe Sanierung der Klassenräume - NMS Tabor.
- 16) GHJ2-12/15 Zweite Etappe Malerarbeiten – NMS Punzerstraße.
- 17) GHJ2-10/16 Schaffung von Kleinkindergruppen und einem Bewe-
gungsraum Kindergarten Grandyplatz.
- 18) GHJ2-15/13 Vierte Etappe Behebung der Mängel der Elektroinstallati-
onen sowie Erneuerung der Beleuchtungskörper – NMS
und NMMS Promenade.
- 19) GHJ2-15/15 Zweite Etappe Sanierung der Klassenräume – NMS und
NMMS Promenade.
- 20) GHJ2-7/15 Zweite Etappe Sanierung der Klassenräume – Volksschu-
le Wehrgraben.
- 21) GHJ2-1/16 Sanierung des Turnsaales – Volksschule Ennsleite.
- 22) SBS-6/16 Stadtbad Steyr – Preisanpassung Freibad per 1.5.2016.
- 23) SBS-15/16 Einführung eines Übernahmetarifes für Bauschutt und
Baurestmassen im ASZ Steyr.
- 24) GHJ2-76/11 Änderung des Mietvertrages mit der Stadtbetriebe Steyr
GmbH über die Nutzung von Räumlichkeiten im Objekt
Steyr, Ennsnerstraße 10.
- 25) SBS-18/16 Eisbearbeitungsmaschine – Klage auf Wandlung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

- 26) Fin-147/14 Private Kinderbetreuungseinrichtungen in Steyr, Änderun-
gen der Endabrechnungen der Pfarrkindergärten Wieser-
feldplatz und Münchenholz für das Betreuungsjahr 2014/15.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

- 27) BauStrP-2/16 Asphaltierungsprogramm 2016; Vergabe der Arbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 28) Fin-259/15 AKKU Kulturzentrum Steyr – Jahressubvention 2016.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

29) Fin-36/16

Frauenstiftung Steyr; Subventionsansuchen 2016.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Pkt. 1) BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER:

Als Protokollprüfer wurden bestellt: GR Dr. Markus Spöck, MBA
GRⁱⁿ Helga Feller-Höller

ERÖFFNUNG DER SITZUNG:

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

So meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf sie da heute herzlich zur Gemeinderatssitzung am Donnerstag 17. März begrüßen. Darf feststellen, dass wir ordnungsgemäß diese Sitzung einberufen haben, dass wir beschlussfähig sind und darf bekannt geben, dass als Protokollprüfer die Frau GRⁱⁿ Helga Feller-Höller und der GR Dr. Markus Spöck vorgesehen sind. Entschuldigt sind die Kolleginnen Heidemarie Kloiber, Maria Lindinger sowie Anneliese Zimmermann. Somit sind wir bei Punkt 2, Beantwortung von allfälligen Anfragen.

Zu Pkt. 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN:

Es liegt eine Anfrage des Kollegen Pit Freisais – der NEOS vor. Es geht um die Sonderpensionen. Ich könnt jetzt alle Fragen, die gestellt wurden, einzeln vorlesen und dann wieder beginnen mit Frage 1 und Antwort. Also wenn sie mir gestatten dann lese ich natürlich ihre Fragen vor und gleich die Antwort dazu, sonst wird das noch eine längere Leseübung. Aber vielleicht im Vorfeld, das was Sie geschrieben haben lese ich natürlich in voller Länge vor. Anfrage des Gemeinderates Pit Freisais vom 3. März per E-Mail. Anfrage Sonderpensionen: Mit dem Sonderpensionsbezugsbegrenzungsgesetz wurde nicht nur auf Bundesebene versucht Luxuspensionen zu beschneiden. Durch verfassungsrechtliche Vorgaben ist es auch möglich auf Landes- oder weiter auf Gemeindeebene in solche Sonderpensionsbeträge einzugreifen. Damit in diese Verträge auf Gemeindeebene überhaupt eingegriffen werden kann, müssen die Bundesländer für ihr Bundesland und deren Gemeinden eigene Gesetze erlassen. Insbesondere auch im Hinblick auf die Begrenzung von Luxuspensionen in ausgelagerten Gesellschaften. Das ist – das schreibt der Kollege Freisais – ich lese das nur vor! In Oberösterreich wurde mit dem oberösterreichischen Landes- und Gemeindedienstrechtsänderungsgesetz 2015 Pensionssicherungsbeiträge für Luxuspensionen eingeführt. Diese beziehen sich nicht nur auf Landes- und Gemeindebeamte, sondern auch auf Bezugsberechtigte von Ruhe- und Versorgungsbezügen, aus direkten Leistungszusagen von Landes- und Gemeindeunternehmen, die sind ja dann auch gemeint und werden abgefragt, und Institutionen und deren Tochterunternehmen, die auf Grund einer Mehrheitsbeteiligung des Landes- und oder einer bzw. mehrerer Gemeinden oder einer tatsächlichen Beherrschung durch die genannten Gebietskörperschaften auf Grund von finanziellen wirtschaftlichen oder organisatorischen Maßnahmen der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen. Aus den angeführten gesetzlichen Grundlagen stellt sich die Frage, in wie fern die Stadt Steyr an solchen Rechtsträgern in dem es Bezugsberechtigte von Ruhe- und Versorgungsbezügen aus direkten Leistungszusagen beteiligt ist. Es geht hierbei um eine dringende notwendige Nachvollziehung der bundesrechtlichen Vorgaben. Dass im (halb) im öffentlichen Bereich außerordentliche Pensionsprivilegien bestehen, sind bestens bekannt bzw. ist bestens bekannt aber das ist nur ein grammatikalischer Fehler. Gerade im Hinblick auf die immer schwere Finanzierbarkeit des Pensionssystems ist es von besonderer Bedeutung, dass es zu einer Angleichung der verschiedenen Pensionssysteme kommt. Denn nur so kann eine gewisse Pensionsgerechtigkeit erreicht werden, auch wenn das Bundesgesetz zur Begrenzung von Sonderpensionen nur ein erster Schritt in der Einschränkung von Luxuspensionen sein kann, so ist es doch wesentlich, dass diese Regelungen auch entsprechend auf alle Ebenen nachvollzogen werden, also auch auf Gemeindeebene muss angesetzt werden, denn nur wenn auf allen Ebenen angesetzt wird, kann eine Harmonisierung der Systeme und eine endgültige

Abschaffung von Privilegien erreicht werden. Soweit zur Einleitung, und dann die Fragen und wie ich gesagt habe mit dem Ersuchen, dass ich gleich die Frage und dann die Antwort geben darf, sonst müsste ich alle, ich weiß nicht, ich glaube 19 Fragen noch einzeln vorlesen. Hierzu kann ich folgendes berichten.

Frage 1:

Gibt es in der Stadt Steyr (Magistrat) Beamte (bzw. Hinterbliebene von Beamten) die Ruhebezüge (bzw. Versorgungsbezüge) von der Stadt Steyr erhalten?

Antwort: Ja, die gibt es.

Frage 2:

Wenn ja, wie viele Bezugsberechtigte gibt es?

Antwort: 96

Frage 3:

Wenn ja, gibt es Ruhe- und Versorgungsbezüge

- a.) Die zwischen 70 % und 140 % der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage gem. § 45 ASVG liegen?

Antwort: Ja

- b.) Die zwischen 140 % und 210 % der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage gem. § 45 ASVG liegen?

Antwort: Ja und

- c.) Die über 210 % der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage gem. § 45 ASVG liegen?

Antwort: Nein, die dritte Kategorie, die höchste von Ihnen abgefragte Gruppe gibt es in der Stadt nicht.

Frage 4:

Wenn ja, wie viele Bezugsberechtigte gibt es in jeder der genannten Gruppe?

Antwort: Gruppe a: 41, das sind diese 70-140 % der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage
Gruppe b: 5, das sind die 140-210

Und Gruppe c: ist schon die Antwort gewesen NEIN

Frage 5:

Wie hoch waren die Ausgaben für Ruhe- und Versorgungsbezüge für Magistratsbeamte jährlich seit 2004? Warum gerade 2004? Aber wir haben es halt aufgelistet wie sie es gefragt haben.

Antwort:

2004: € 4.046.593,59
2005: € 4.300.992,10
2006: € 4.421.729,84
2007: € 4.388.453,23
2008: € 4.488.945,60
2009: € 4.699.455,29
2010: € 4.755.602,56
2011: € 5.213.194,05
2012: € 5.248.455,92

2013: € 5.262.790,82
2014: € 5.332.854,41

Ist auch in den Budgets so ausgewiesen, könnte man da auch rauslesen bzw. auch noch kontrollieren, wenn sie möchten.

Frage 6:

Welche Ausgaben wurden für 2015 und 2016 wir waren jetzt bei den vorhergehenden oder beim aktuellen Budget für diese Ruhe- und Versorgungsgenüsse veranschlagt?

Antwort:

2015: € 5.550.800,--
2016: € 5.669.000,--

Frage 7:

Gibt es Bezugsberechtigte von Ruhe- und Versorgungsbezügen aus direkten Leistungszusagen von Rechtsträgern im Sinne des Art. 14b Abs. 2 Z 2 BVG bei Landes- und Gemeindeunternehmungen und Instituten und der Tochterunternehmen, die auf Grund einer Beteiligung so wie zuerst der Stadt Steyr oder einer tatsächlichen Beherrschung durch die Stadt Steyr auf Grund von finanziellen, wirtschaftlichen oder organisatorischen Maßnahmen der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen?

Antwort: Nein, somit erübrigen sich ihre Fragen, wenn nein dann, oder wenn ja so und so viel! Dann sind wir schon bei Frage 13.

Frage 13:

Wenn nein, weshalb nicht?

Antwort:

Klare Antwort, einfach weil die Stadt keine Pensionszusagen getätigt hat.

Frage 14:

Gibt es bereits laufende Anwartschaften auf Ruhe- und Versorgungsbezügen aus diesen, jetzt kommt wieder die ganze Formulierung Art. 14 und Beherrschung des Unternehmens, also man weiß was gemeint ist, ob wir als Stadt irgendwo das Sagen haben und dort im Endeffekt Ruhebezüge zugesagt haben!

Antwort:

Nein, gibt es nicht. Somit erübrigen sich die Fragen oder ihre Fragen von 15 und 16. Wenn ja, wo liegt diese Obergrenze? Das ist eben NEIN

Frage 18:

Falls es indirekte Leistungszusagen gibt, Anwartschaften darauf bestehen – ist es für Sie denkbar für zukünftige Verträge auf solche Leistungszusagen völlig zu verzichten?

Antwort:

Es gibt keine Pensionszusagen, somit auch keine Anwartschaften.

Frage 19:

Wie hoch waren die Ausgaben für Ruhe- und Versorgungsbezüge für Ruhe- und Versorgungsbezüge für Bezugsberechtigte aus direkter Leistungszulage, also wieder das was sie gemeint haben, was wir glaube ich alle mittlerweile alle verstanden haben.

Antwort:

Null, Null Euro, Null Ausgaben.

Frage 20:

Welche Ausgaben wurden für 2015 und 2016 für diese Ruhe- und Versorgungsbezüge veranschlagt? Analogie!

Antwort:

Null, Null Euro veranschlagt, nichts ausgegeben und auch nichts zugesagt.

Das war's, ich hoffe Sie sind zufrieden mit dieser Aussage, wie in den Protokollen auch schriftlich Ihnen mitgeteilt werden, das sind die Fakten.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Sehr gut.

Zu Pkt. 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS:

Gut, dann sind wir bei den Mitteilungen und bei der Tagesordnung des Bürgermeisters in aller Kürze. Das ist ja für die Gemeinderäte alles fast schon wieder Schnee von gestern, dass der Spatenstich für den Wohnbau auf dem Kasernenareal wahrscheinlich schon im Herbst dieses Jahres stattfinden wird. Das haben wir auch den Medien entnommen und die Neue Heimat hat das so bekannt gegeben. Dass wir mit dem Kanalprojekt am Tabor gut unterwegs sind ist auch hingehend bekannt und wir werden im Oktober dieses Jahres dieses mehr als 4 Millionen Euro umfassende Kanalsuperumweltschutzprojekt dann auch abschließen können. Gibt zwar nach wie vor noch Pläne, was wir noch tun könnten oder sollten auch in der nächsten Zeit, also werden wir schauen, wie wir uns das budgetär leisten könnten, weil es gibt ja auch andere Wünsche und vielleicht verschieben sich da ein bisschen einmal die Prioritäten, das wird man sehen. Es ist aber schon eine Frage der Budgets für die nächsten Jahre. Vielleicht kann ich ihnen noch sagen, werden die meisten noch in Erinnerung haben, dass der Walter Wippersberg so überraschend eigentlich gestorben ist, kurz nachdem er noch eine hohe Auszeichnung der Stadt bekommen hat. Ich habe ihn hier im Namen, unseren Namen, seiner Witwe kondoliert. Ich habe das für notwendig erachtet und ich glaube das war auch richtig so, nur damit sie darüber informiert sind, so etwas wird auch nicht vergessen. Dass es eine Reihe von Neugründungen, neuen Betriebe am Stadtplatz gibt, ist eine erfreuliche Entwicklung, das ist halt manchmal so ein „Kommen und Gehen“. Ich weiß nicht wie weit sie informiert sind dass das Schuhgeschäft am Stadtplatz die Firma Etlinger übernehmen wird. Das „Grüner“ Schuhgeschäft, die Tochter der Firma Etlinger, also der Familie Etlinger wird dort ein Schuhgeschäft eröffnen. Heute ist Eröffnung der neuen E-Mobility Erlebniswelt von Herrn Eichinger in den ehemaligen Schöps-Räumlichkeiten, also gehören tut das der Familie Busek. Ein Keramikgeschäft ist da auch, also es tut sich einiges auch in größeren Dimensionen, vielleicht ist das noch nicht so bekannt. Am 11. April findet wieder einmal ein Spatenstich im Stadtgut statt, das Fitnessunternehmen „Happy Fit“ baut dort die Österreich- oder Europazentrale, je nachdem wie groß man das sehen will, für alle Happy Fit-Institute, Fitnessinstitute, die es schon gibt. Gleichzeitig wird dort auch ein Verkaufsraum für Fitnessgeräte eingerichtet, also ein toller Bau entsteht dort. Gleichzeitig auch ein Fitnessstudio in großen Dimensionen neu errichtet. Ein bisschen eine Konzentration von, ich glaube Happy Fit, das ist Sven Decker, ist in der Werndlstraße jetzt dort, das wird Ende des Jahres aufgelassen, übersiedelt. Die Geschäftsidee ist bestechend, ich glaube die mit den großen, ich weiß nicht wie viele, ich glaube 37 so Einzelfitnesscenter Oberösterreich und ein bisschen was in Deutschland auch hat er schon. Gerade diese „Billigschiene“ mit 19,90 pro Monat/Beitrag dürfte also wirklich großen Anklang finden. Die Kundschaften sind da, man glaubt es nicht, wenn man nicht selbst Fitnessbegeisterter ist und da gibt es ja glaube ich gar nicht so viele da in dieser Runde, vielleicht täusche ich mich. Darum ist man in dieser Branche nicht so bewandelt, aber irgendwie schön, wenn da unten wieder was passiert. Von der Geschäftsidee, das sage ich nur als Laie, ist es eigentlich schon bestechend dort unten die Zentrale zu machen, weil das ein Betriebsgebiet im Endeffekt mit mittlerweile über 1.200 Mitarbeiter, die man dort als zusätzliche Zielgruppe auch noch ansprechen kann. Verkehrstechnisch ideal gelegen, gleich nach der Nordspange rechts wird dieses Gebäude errichtet, und soll dann Rucki-Zucki eigentlich noch vor Weihnachten fertig sein. Also das wollte ich

ihnen auch noch mitteilen und hoffe das hat sie interessiert. Wirtschafts- und Arbeitsmarktla-ge, Ende Februar gleichbleibend. Nicht wirklich erfreulich, Arbeitslosenrate um die 10 % konkret im Februar. Arbeitslosenquote für den Bezirk Steyr 10 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,3 % niedriger gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres. Aber 0,1 % höher, auch interessant weil das ein bisschen auch hineinspielt, die Schulungsteilnehmer gehen zurück, weil offensichtlich auch weniger Kurse angeboten werden, die scheinen aber dann in der Arbeitslosenstatistik nicht mehr auf. Die Schulungsteilnehmer 891 jetzt konkret und im Vorjahr waren es 975, also das wollte ich ihnen auch noch zur Kenntnis bringen.

Zu Pkt. 4) AKTUELLE STUNDE:
Keine.

Zu Pkt. 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATS gem. § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine gelistete Aufstellung der gefassten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.)

Wir sind schon in dem die Beschlüsse des Stadtsenates zur Kenntnis genommen werden, bei den Verhandlungsgegenständen.

Zu Pkt. 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE:

Treten in die Verhandlungsgegenstände ein und ich darf dazu den Vorsitz an den Herrn Vizebürgermeister Willi Hauser übergeben.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Ich übernehme den Vorsitz, und erteile dir das Wort für deinen ersten Tagesordnungspunkt.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

1) Sport-7/99 Sportförderungsrichtlinien der Stadt Steyr – Änderungen 2016.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Mein erster Tagesordnungspunkt sind die Sportförderungsrichtlinien der Stadt Steyr – die Änderungen 2016. Wie sie alle wissen, haben wir im Budget für 2016 eine Erhöhung der Sportförderungen aber auch alle Subventionen, alles für die Vereine um 10 % beschlossen. Das wird somit umgesetzt und muss in die Sportförderungsrichtlinien wo da ja fixe Sätze zum Teil festgeschrieben wurden, auch im Endeffekt implementiert werden, und ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Schule und Sport vom 16. Februar 2016 werden die Änderungen der Sportförderungsrichtlinien der Stadt Steyr beschlossen.

Diese Richtlinien treten per 18. März 2016 in Kraft.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Sie haben den Amtsbericht gehört, und den Antrag gehört. Auf Grund dieses Amtsberichtes, dass diese Sportförderungsrichtlinien zu beschließen sind. Gibt es eine Wortmeldung dazu? Dem ist nicht Fall, dann ersuche ich um Abstimmung. Wer einverstanden ist mit diesen Sportförderungsrichtlinien, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Keine, einstimmige Annahme. Nächster bitte.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

2) Fin-20/14 Naturfreunde Steyr – Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention für die Errichtung einer Kletterhalle im Resthof.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention für die Errichtung einer Kletterhalle. Passt dort eigentlich sehr gut auch zu den Sportförderungsrichtlinien. Wir haben, nur damit man sich das bisschen einprägen kann, wir haben im Jahr ungefähr 400.000 Euro, geben wir seitens der Stadt für Sportförderungen aus. Und ungefähr 200.000 zusätzlich für Infrastruktureinrichtungen, Erneuerung, Sportanlagen, Modernisierung oder zusätzliche Bauten. Hier haben wir eine Subvention gewährt, oder der Antrag wird gestellt für die Naturfreunde – für die Kletterhalle. Ein Projekt, das über 1 Million Euro kosten wird. Die Naturfreunde legen sich da einiges auf die Schulter. Für die Stadt hat es einen deutlichen Mehrwert der weit über das hinausgeht was hier, hier im Amt an Förderung im Endeffekt dazu bereit sein soll zu geben, nämlich die 200.000. Touristisch ist eine Kletterhalle in der Dimension ein tolles Asset, aber auch für die pädagogisch für die Schulen eine tolle zusätzliche Einrichtung. Wir haben mit diesem Antrag, beschließen wir – wollen wir beschließen dass wir die 200.000 € Förderung geben, verteilt auf vier Jahresraten, 4 x 50.000, und ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Schule und Sport vom 23. Februar 2016 wird den Naturfreunden Steyr für die Errichtung einer Kletterhalle im Bereich Resthof eine außerordentliche Subvention in der Höhe von € 200.000,00 gewährt, die sich wie folgt aufteilt:

Budgetjahr 2016	€ 50.000,--
Budgetjahr 2017	€ 50.000,--
Budgetjahr 2018	€ 50.000,--
Budgetjahr 2019	€ 50.000,--

Zum genannten Zweck werden als erste Rate Mittel im Ausmaß von

€ 50.000,00 (iW fünfzigtausend)

bei der VASSt. 5/269000/777000 im Rechnungsjahr 2016 freigegeben.

Die Raten für die Jahre 2017, 2018 und 2019 in Höhe von je 50.000,-- sind jeweils im Budgetvoranschlag des betreffenden Jahres vorzusehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 50.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Es gibt eine Wortmeldung dazu, Kollege Vizebürgermeister Zöttl.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Danke, sehr geehrte Damen und Herren, Hoher Gemeinderat, werte Gäste. Wir haben es natürlich intern auch diskutiert die ganze Sache. Und wir finden es grundsätzlich sehr erfreulich, dass eine derartige Sporteinrichtung in Steyr gebaut wird und speziell das Klettern ist natürlich für die Jugend und auch für die Zukunft sehr etwas Gescheites und das sollte auch gefördert werden, und darum haben wir uns auch für die Förderung ausgesprochen. Und wir haben es auch schon im Stadtsenat erwähnt, uns war nur wichtig dass auch Nicht- Naturfreunde-Mitglieder dort natürlich gegen ein Entgelt dort diese Sportart ausüben können, das ist uns zugesagt worden, das war uns wichtig. Und grundsätzlich möchten wir denen Naturfreunde gratulieren, dass sie diese Einrichtung für uns Steyrer machen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Dann ersuche ich antragsgemäß um Beschlussfassung für die Subvention in der Höhe von 200.000, aufgeteilt auf 4 Budgetjahre. Wer damit einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Gibt es eine gegenteilige Meinung? Stimmenthaltungen? Auch keine, einstimmig angenommen. Danke, nächster Tagesordnungspunkt.

Der Antrag erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

3) Fin-125/10 Bedarfszuweisung für das Museum Arbeitswelt; Weiterleitung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mein nächster Tagesordnungspunkt betrifft die Bedarfszuweisungsmittel für das Museum Arbeitswelt vom Land Oberösterreich. Das Land Oberösterreich unterstützt die wertvolle Arbeit des Museum Arbeitswelt mit 300.000 €, die wir im Endeffekt für das Museum Arbeitswelt beantragt haben, und nur weiterleiten. Man sieht, dass auch das Land OÖ die Wertigkeit dieser Veranstaltung hoch einschätzt und der Betrag ist dementsprechend. Ich ersuche um Beschlussfassung der Weiterleitung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 26. Februar 2016, wird der Weiterleitung der vom Land Oberösterreich gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von € 300.000,-- an das Museum Arbeitswelt, als Museumsförderung des Landes Oberösterreich für das Jahr 2016, zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei VAST 5/360000/777000 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von € 300.000,-- für das Rechnungsjahr 2016 genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch die Bedarfszuweisung in gleicher Höhe zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall, dann ersuche ich um Abstimmung. Wer dieser Weiterleitung zustimmt, bitte ein Zeichen mit der Hand. Gibt es hierzu Gegenstimmen? Eins, Zwei, Drei, Vier – Vier Gegen. Stimmenthaltungen? Eins, Zwei, Drei, Vier, Fünf – Sechs. Sechs Enthaltungen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Sechs und Vier ist Zehn.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ja, damit ist der Antrag mit Mehrheit beschlossen. Nächster Tagesordnungspunkt bitte.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **23**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner,)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, GR Dr. Markus Spöck MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **4**

FPÖ 4 – (StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Stimmenthaltungen: **6**

FPÖ 6 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler,)

4) Fin-120/15

Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 2015 in das Finanzjahr 2016.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

In meinem nächsten Punkt, ist eigentlich eine Formalgeschichte – die Übertragung bereits beschlossener Vorhaben aus dem Vorjahr oder aus dem Finanzjahr des Vorjahres ins Finanzjahr 2016. Sie können es ja dem Amtsbericht entnehmen und auch der detaillierten Auflistung. Wir haben die letzten Jahre versucht diese Liste so klein und überschaubar wie möglich zu halten. Sind in erster Linie kleine Posten wo die Rechnungen noch nicht fertig sind oder die Projekte noch nicht abgeschlossen sind. Sind aber auch große Brocken dabei wie mehr als 500.000 € als Beispiel für den Rutschhang Roglwiese, den wir noch nicht ausbezahlt haben, wo aber die Arbeiten im Endeffekt schon fast abgeschlossen sind und einige Projekte – Projekte mehr in Wahrheit ersparen wir uns durch diese Übertragung dass wir jeden Beschluss, den wir schon einmal gefasst haben, dann im 16er Jahr noch einmal fassen. In Summe geht es im ordentlichen Haushalt um 168.440 € und im außerordentlichen Haushalt um 3.407.120, also insgesamt um 3.575.560, die wir auf das Finanzjahr 2016 übertragen wollen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Buchhaltung, Kassa und Lohnverrechnung vom 29. Februar 2016 werden die in der Beilage angeführten Kreditüberschreitungen im ordentlichen Haushalt in Höhe von **€ 168.440,-** und im außerordentlichen Haushalt in Höhe von **€ 3.407.120,-** in Summe **€ 3.575.560,-** genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitungen erfolgt durch die im ursprünglichen Antrag vorgesehenen und beschlossenen Mittel.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ein Zeichen mit der Hand. Gibt es eine gegenteilige Meinung? Stimmenthaltungen? Auch nicht, einstimmig angenommen. Nächster Tagesordnungspunkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

5) VerkR-214/14

Oö. Nah- und Regionalverkehrs-Finanzierungsgesetz; Kostenbeitrag der Stadt Steyr für verbundbedingte Leistungen für das Jahr 2016.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Regionalverkehrs-Finanzierungsgesetz; der Kostenbeitrag der Stadt Steyr für die verbundbedingten Leistungen für das Jahr 2016. Der vorgeschriebene Betrag ist exakt 91.913,28, zahlbar in vierteljährlichen Teilzahlungen von 47.728 €, und ich bitte um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des FA für allgemeine Rechtsangelegenheiten vom 01.03.2016 wird der Freigabe der Mittel zur Bezahlung des Kostenbeitrages der Stadt Steyr für verbund-

bedingte Leistungen zur Sicherung und Verbesserung eines stabilen Niveaus von Verkehrsdiensten des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs in Oberösterreich für das Jahr 2016 in der Höhe von

EUR 190.913,28 (Euro einhundertneunzigtausendneunhundert)

zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von EUR 190.913,28 bei der VASSt. 1/690000/751000 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Antrag wurde gehört, gibt es dazu eine Wortmeldung? Ist jemand gegenteiliger Meinung? Jemand Stimmenthaltung? Dem ist nicht Fall, einstimmig angenommen. Nächster Punkt, bitte.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

6) BauStr-15/99 Wieserfeldplatz Garagen GesmbH, Änderung von Verträgen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zum nächsten Tagesordnungspunkt liegt ein Abänderungsantrag vor, der im Endeffekt einer Klarstellung dienen soll. Der Kollege Mayrhofer hat gesagt, und zu Recht wir haben eigentlich nicht dezidiert darauf hingewiesen was in diesen Vertragsänderungen ohnehin gemeint war, dass da im Endeffekt die neue, die neuen Käufer in dieses Vertragskonvolut, das ja besteht, auch eintreten wollen. Ich ersuche also die Diskussion auf Basis des Abänderungsantrages auch zu sehen und den Antrag so auch zur Kenntnis zu nehmen. Grundsätzlich geht es darum, dass wir uns ja sehr bemüht haben, dass die Stellplatzverordnung für das neue zusätzliche Fachhochschulgebäude von den Fachhochschulgebäude-Errichtern erfüllt werden kann ohne dass wir dort noch einen Stock draufsetzen müssen, weil es ja vom Denkmalschutz ja gar nicht möglich gewesen wäre. Es hat sich gut ergeben, dass die Familie Reichenpfader, die die Wieserfeldplatz-Garage betreibt und errichtet hat, im Endeffekt ein Untergeschoss verkauft – der Fachhochschule Immobilien Gesellschaft verkauft, somit können alle Stellplatzverordnungen eingehalten werden. Gleichzeitig haben wir auch die Chance mit diesem Vertrag, damals beschlossene – wie soll ich das jetzt sagen – Vorgaben für die Stadt, nämlich auch die Kurzparkzonenregelung, die da oben in der Gleinker Gasse-Sierninger Straße bis 20 Uhr angedauert hat, auch im Endeffekt herauszunehmen aus dem Vertrag. Die Familie Reichenpfader verzichtet auf diesen Passus und wir könnten theoretisch auch dort oben ein Bewohnerparken einführen, das auch ausgeschlossen war in dem alten Vertrag. Aber es geht natürlich auch darum das hier die stille Gesellschaft, die wir damals in diesem Vertrag mit der Firma Reichenpfader gehabt haben und als Stadtbeteiligte auflösen. Eine stille Gesellschaft die im Endeffekt ja nur der Form halber bestanden hat, weil ja da keine Gewinne erwirtschaftet wurden und im Endeffekt auch – im Endeffekt müssen wir, weil es wir Vertragsnehmer oder Partner von der Firma Reichenpfader waren, auch den Verkauf von dieser Garagenhälfte zustimmen. Darum geht es in diesem Vertrag, ich glaube es ist für alle eigentlich ein Vorteil wenn dieser Vertrag so abgeändert wird. Nicht zuletzt auch für die Stadt, und nicht zuletzt auch für die Bewohner in Steyrdorf.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 01.03.2016 wird dem Abschluss eines Aufhebungsvertrages zum Gesellschaftsvertrag über die Errichtung einer stillen Gesellschaft mit der Wieserfeldplatz Garagen GesmbH sowie dem Abschluss eines Nachtrages zum Gestattungsvertrag vom 09.01.2001 ebenfalls mit der Wieserfeldplatz Garagen GesmbH entsprechend den dem ursprünglichen Amtsbericht der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 01.03.2016 beigeschlossenen Vertragsentwürfen zugestimmt. Letztlich wird die Abgabe der ebenfalls beigeschlossenen Zustimmungserklärung, mit der die Stadt Steyr die Zustimmung zum Verkauf eines Hälfteanteiles am Garagenobjekt Wieserfeldplatz erteilt, und die Erklärung abgibt, von dem ihr eingeräumten Vorkaufsrechtes des Gestattungsvertrages keinen Gebrauch zu machen, genehmigt. Dies jedoch mit der Maßgabe, dass der Käufer des Hälfteanteiles neben der Wieserfeldplatz Garagen GesmbH in den am 09.01.2001 abgeschlossenen Gestattungsvertrag eintritt, der sohin auch gegenüber dem Käufer volle Rechtsgültigkeit im Umfang des ursprünglichen Vertrages samt den gleichzeitig zu beschließenden Änderungen behält.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut, Antrag wurde gehört. Gibt es, bitte Herr Kaltenböck.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Ja liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Von mir nur ganz kurz eine Wortmeldung dazu. Also von mir wird es zu dem Antrag keine Zustimmung, sondern eine Enthaltung geben. Aber nicht aus dem Grund weil ich das Ganze formal ablehne, sondern weil es eben Teil des FH am Ausbaues ist und mit dem aus Gründen wie eh schon öfter vorgebracht, haben wir eben aus einen gewissen fehlenden Mitbestimmung und einer gewissen Zertifizierungsgefahr die von diesem Neubau ausgeht eben ablehnen und weil diese Vertragsablösung eben Teil des Neubaus ist, gibt es von mir eine Enthaltung. Das heißt die Enthaltung ist deswegen oder werde ich deswegen machen, eben weil dem Prozess das FH-Neubaus sozusagen nicht zustimme.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön, gibt es weitere Wortmeldungen? Dem ist nicht der Fall. Dann ersuche ich, wer mit dem Antrag für die Abänderung dieses Vertrages ist zustimmt, ein Zeichen mit der Hand. Gibt es Gegenstimmen? Nicht der Fall. Enthaltungen? Eine. Danke, somit ist der Antrag mit Mehrheit angenommen, und der nächste Tagesordnungspunkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde im Sinne des Abänderungsantrages wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **32**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ

Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner,)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, GR Dr. Markus Spöck MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 2 – (GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **1**

GRÜNE 1 – (GR Matthias Kaltenböck)

7) Ges-9/16 Auflösung und Liquidation der Stadtmarketing Steyr GmbH.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich glaube, ein erfreulicher Punkt, Verleihung des Ehrenringes an den Herrn Stadtrat a. D. – Entschuldigung, Pardon, ich habe einen übersprungen. Ja, Auflösung und Liquidation der Stadtmarketing Steyr GmbH. Ein Formalakt – ein Formalakt wir alle wissen es, haben wir uns ja darüber verständigt, dass das Stadtmarketing einen neuen organisatorischen Rahmen bekommen soll und im Endeffekt in die – in den Tourismusverband integriert werden soll. Die Stadtmarketing GesmbH die wir damals gegründet haben muss daher aufgelöst und liquidiert werden. Das ist ein formaler Prozess und die Stadt muss dem zustimmen, also der Gemeinderat als höchstes Gremium, und ich ersuche diese Liquidation und diese Auflösung hier im Endeffekt zu beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Es gibt eine Wortmeldung, die Frau Kollegin Frech, bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Der geschätzte Herr Bürgermeister hat zu Beginn gemeint, ein erfreulicher Anlass beim nächsten Tagesordnungspunkt hoffe ich, weil ich sehe das nicht aus erfreulichem Anlass, dass wir die Stadtmarketing Steyr GmbH liquidieren. 13 ist anscheinend keine Glückszahl, weil vor 13 Jahren hat die Stadt Steyr die Stadtmarketing Steyr GmbH errichtet. Ich selbst war damals sicher jemand der das eher skeptisch gesehen hat, nicht weil ich gegen das Stadtmarketing bin, ganz im Gegenteil. Ich bin ein Fan von festhalten von Marketingmaßnahmen, aber ist es halt immer die Frage, gründe ich jetzt eine Gesellschaft, was kommt da dann heraus. Ich habe 13 Jahre Gelegenheit gehabt, zu sehen was herauskommt. Da ist hervorragende Arbeit geleistet worden von einem sehr kleinen Team. Alleine das ist schon ein Grund, dass ich hier herausen stehe, weil davon kommt da schlichtweg gar nichts vor. Es geht in diesem Amtsbericht nur um die Auflösung und Formalkriterien wo im Prinzip nur ein Satz - Die Stadtmarketingaktivitäten selbst werden in Hinkunft in ein Organisationsverband des Tourismusverbandes Steyr integriert und nachhaltige Einsparung erzielt und zukünftige Stadtmarketingaktivitäten vermehrt unterstützt werden können. Da gehört denke ich mir oder würde gehören auch eine Auflistung dessen, was ist da passiert in 13 Jahren, auch wenn es nur punktuell ist, für jene die das vielleicht nicht so mitbekommen haben. Dann

würde dazugehören auch ein „Dankeschön“ dankend Anerkennung an ein Team das hier wirklich 13 Jahre lang sehr viel geleistet hat. Zum Teil gar nicht so sichtbar, weil wenn ich heute als Besucher zu einer Veranstaltung gehe, dann bekomme ich die Veranstaltung zu sehen, ist aber nicht die Arbeit im Hintergrund. Und da ist sehr viel Arbeit im Hintergrund geleistet worden, und auch sehr exzellente Arbeit geleistet worden, auch im Zusammenhang mit Standortmarketing. Der Bürgermeister hat eingangs gesagt, wir freuen uns darüber, dass es wieder vermehrt Geschäftseröffnungen gibt, auch das ist eine Sache vom Standortmarketing. Und es ist in den letzten Jahren sehr-sehr viel passiert, und vieles davon geht auch zurück auf das Stadtmarketingteam. Dass wir heute wieder eine sehr positive Situation haben, das war nicht immer so. Natürlich haben andere auch Anteil daran gehabt, aber das Stadtmarketingteam mit Sicherheit auch. Ob das jetzt formal, ich will sie nicht langweilen und alle aufzählen an Aktivitäten machen, aber sie wissen selbst wie sie dabei waren von im Jänner der Hochzeitsausstellung bis hin zu Dezember – Schmiedeweihnacht was alles passiert ist. Selbstverständlich macht es Sinn mit dem Tourismus zu kooperieren, keine Frage. Ich habe schon vor 13 Jahren gesagt, es würde Sinn machen verstärkt Synergien zwischen Stadtmarketing und Tourismus herzustellen. Aber die kann man auch anders erreichen als diese Stadtmarketing Steyr GmbH aufzulösen, als sich von dem Team zu verabschieden, das wäre auch anders gegangen. Ich würde mir wünschen, dass die Stadtmarketingaktivitäten auch ohne diese Stadtmarketing Steyr GmbH so weiter florieren wie sie floriert sind. Ob es so sein wird, wird die Zukunft weisen, ich möchte aber diese Gelegenheit nützen mich wirklich bei Alfred Pech als Geschäftsführer und bei Frau Dr. Kavallar hier an dieser Stelle auch öffentlich zu bedanken, für die Arbeit die sie geleistet haben. Und ich habe das sehr genau mitverfolgt in meiner beruflichen Tätigkeit an der HAK war das Stadtmarketing immer auch ein Kooperationspartner für viele Projekte die wir an der Schule abgewickelt haben. Maturaprojekte, andere schulische Projekte, Befragungen, Analysen etc., es war eine sehr ausgezeichnete Zusammenarbeit, und ich habe eines gelernt in meinem Leben, es gibt Menschen, die schaffen an und lassen arbeiten, und es gibt welche die arbeiten. Und das Team das hier war, dieses kleine Team, da kann ich von Sicherheit sagen, mit Sicherheit behaupten, da wurde gearbeitet. Dinge die man oft gar nicht sieht, von Plakatständer aufstellen, die umgefallen sind, ... unverständlich...zu spielen und Arbeit im Hintergrund zu leisten. Ja aus diesem Grund, und mir die Begründung eigentlich nicht wirklich schlüssig ist warum man das machen soll, und manche ...unverständlich...die das sicher herausstellen und Begründungen liefern wollen. Ich aber bin überzeugt davon, dass das nicht der richtige Schritt ist mit der Auflösung der Gesellschaft, auch wenn man natürlich Kooperationsmöglichkeiten mit dem Tourismus immer machen soll, und werde mich deshalb gegen die Auflösung dieser Stadtmarketing Steyr GmbH aussprechen. Dankeschön.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut, gibt es sonst noch eine Wortmeldung? Bitte Schlusswort.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, das Lob an den Fredi Pech, du bist da nicht die Einzige, hier geht es im Endeffekt aber nur um einen Formalbeschluss, um eine GesmbH aufzulösen. Ich glaube, du verwechselst ein bisschen was, aber das Lob hört jeder gerne und der Fredi Pech und sein Team haben es sich verdient. Aber, erstens ist der Fredi Pech noch in Amt und Würden und noch bis Ende April. Wir haben am 29.3. die Aufsichtsratssitzung der Stadtmarketing GmbH, die es ja noch gibt, und da werden wir, und das ist das offizielle Organ, die Gelegenheit haben, ihm auch den Dank auszusprechen. Ich habe das übrigens zumindest in Kurzform auch im Amtsblatt, im letzten schon gemacht. Also, du bist mit dem Dank nicht alleine! Aber was das eine mit dem anderen zu tun hat, wenn du nicht dafür bist dass man das anders organisiert dann bleibt dir das unbenommen, wir haben das an und für sich sehr breit diskutiert auch im Tourismusverband welche Vorteile das bringt. Und in Wahrheit läuft ja nur „nur“ der Fünfjahresvertrag des Alfred Pech aus und der wird nicht mehr verlängert. So ist es, und das ist nicht einfach für die, die ihn nicht mehr verlängern weil jede Veränderung ja auch mit Schmerzen verbunden ist, aber da habe ich schon so das Gefühl dass du uns unterstellst zwischen den Zeilen, du bist die Einzige die ihn würdigt und sich bei ihm bedankt. Und wir

tun da gar nichts mehr oder minder, obwohl er sich so große Verdienste erworben hat. Mach dir keine Sorgen, heute ist z.B. eine Sixpack-Wirte, Stadtplatzleute haben eine „tribute“ für Fredi Pech im Ratsherrnkeller-im Kamea, ich weiß nicht ob du eingeladen bist, sonst lade ich dich noch ein. Da kannst du auch noch vorbeischaun, also wie gesagt, das stört mich ein bisschen, wenn da so ein Eindruck entsteht, alle anderen sagen um „Gottes Willen“ der Alfred Pech, der hat gar nichts getan, das ist ja nicht der Fall. Im Endeffekt sind wir deiner Meinung und das Gremium da beschließt ja nur die Auflösung der GesmbH die den Fredi Pech gar nichts mehr nützt, weil sein Vertrag zu Ende geht. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für allgemeine Rechtsangelegenheiten vom 07.03.2016 wird der Auflösung und Liquidation der Stadtmarketing Steyr GmbH, FN 235611m, sowie der endgültigen Löschung im Firmenbuch zugestimmt.

Der Gemeinderat möge beschließen, dass der Bürgermeister als Eigentümerversorger bevollmächtigt wird, alle hiezu erforderlichen und im Amtsbericht dargelegten Schritte zur Auflösung bzw. entsprechende Beendigungshandlungen einzuleiten. Die Liquidation selbst ist durch die Geschäftsführung in die Wege zu leiten.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut, Antrag wurde gehört. Ich ersuche all jene die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Eine Gegenstimme. Übt jemand Stimmenthaltung? Dem ist nicht der Fall. Somit mehrheitlich beschlossen. Bitte nächster Tagesordnungspunkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde wie folgt angenommen.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **32**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner,)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, GR Dr. Markus Spöck MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: 1

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 1 – (GRⁱⁿ MMAG. Michaela Frech)

8) Präs-10/16 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Stadtrat a. D. Roman Eichhübl.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja wie ich vorher schon vorgezogen hätte und erfreulicher Punkt, der Ehrenring für den Stadtrat a. D. Roman Eichhübl. Denke es gibt ganz wenige Kommunalpolitiker die so lange in der Politik waren, die Höhen und Tiefen miterlebt haben wie er, auch wenige die zwölf Jahre Ressortzuständig waren als Stadtrat und im Endeffekt eine halbe Ewigkeit für die Stadt tätig waren in allen möglichen Funktionen. 36 Jahre in der Steyrer Kommunalpolitik – wir werden noch Gelegenheit haben das ein bisschen näher auszuführen, dann bei der Übergabe der hohen Auszeichnung, hier ersuche ich um Beschlussfassung für die Verleihung des Ehrenringes an Stadtrat a. D. Roman Eichhübl.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Präsidiales und Bürgeranwalt vom 22. Februar 2016 wird Herrn Stadtrat a. D. Roman Eichhübl gemäß § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr in Verbindung mit § 14 der Ehrenzeichenrichtlinien 2010 mit dem Ehrenring der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Träger des Ehrenringes der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner über das normale Maß hinausreichenden Verdienste als Gemeinde- und Stadtrat der Stadt Steyr, insbesondere für sein großes und vorbildliches Engagement im politischen und wirtschaftlichen Bereich.“

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Bitte sehr, Kaltenböck, zweiter Prack.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Werte Kolleginnen und Kollegen, wertest Präsidium. Für mich ist es so, dass es keine Ehrung für eine rechte hetzerische Ideologie geben darf, und die FPÖ vertritt diese Ideologie. Eine Politik, die geprägt ist von runtertreten auf diejenigen denen es am schlechtesten geht. Auf diejenigen die geflüchtet sind von misslichen Zuständen, die um ihr Überleben um ihre Existenz bangen müssen. Und gerade jetzt in einer Zeit in der Rassismus und eine rechte Hetze um sich schlägt, ist es meiner Meinung nach das falsche Signal hier durch diese Ehrung diese Ideologie zu einem gewissen Grad zu legitimieren. Und diese Legitimation wird durch diese Ehrung auf jeden Fall vollzogen. Denn nur wenn jemand alt gedient ist, und eine Funktion langjährig ausgeübt hat, was vielleicht ja ein durchaus wichtiger Arbeitseinsatz war, ein großes Engagement irgendwie auch erfordert hat, heißt das noch lange nicht, dass man mit diesem Einsatz auch einverstanden sein muss. In der Politik sind Arbeitseinsatz und Ideologie etwas Untrennbares. Denn wenn ich hier in diesen Raum hereingehe, dann hänge ich nicht meine Ideologie bei der Garderobe auf, sondern nehme sie mit herein in den Raum. Deswegen ist es für mich unvereinbar die Politik der FPÖ durch eine Ehrung zu legitimieren und deswegen auch eine Gegenstimme von mir für diesen Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Kollege Prack, bitte.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Wertes – werter Gemeinderat, wertees Präsidium, werte Gäste. Wir sind in der Fraktion nicht immer einer Meinung, ich denke, dass wir dem Roman Eichhübl nicht Hetze unterstellen darf, das hast du auch nicht gemacht, aber ich würde generell mit solchen Worten ein bisschen vorsichtiger umgehen. Man kann generell der Meinung sein oder man kann einmal überdenken ob Ehrungen in dieser Art noch zeitgerecht sind. Da sie bei uns üblich sind werde ich mich dieser Ehrung gerne anschließen, werde gerne dafür stimmen. Geehrt wird eine Arbeit eines Mannes der viel für die Stadt getan hat und nicht seine politische Einstellung. Danke.

Applaus!!

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM Hauser
Der Herr Kollege Pichler, bitte.

GEMEINDERAT UWE PICHLER:

Sehr geehrter Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Vizebürgermeister, werte Gäste, Vertreter der Presse. Ich hab mich gerade wieder ein bisschen beruhigen können, danke Herr Prack, das war gut, dass sie diese Wortmeldung gemacht haben. Kollege Kaltböck, ich bin genau so lang wie sie jetzt im Gemeinderat, ich habe den Vorteil, ich kenne den Roman Eichhübl sehr gut. Der Roman Eichhübl ist in den Gemeinderat gekommen, da war ich auch noch nicht auf der Welt, sie schon gar nicht und ich auch noch nicht auf der Welt-Ja! Und ich habe einfach ein riesen Problem damit, wenn wir hier uns rausstellen und irgendwelche Parolen die wir irgendwo lernen oder irgendwo lesen verwenden, um einen Mann, der wirklich viel für Steyr gemacht hat, und das ist egal ob der Roman Eichhübl oder nachher Walter Oppl heißt, oder wie auch immer. Ich sage es ihnen, wenn einer wie der Roman Eichhübl ein „Grüner“ wäre, dann würde ich ihn auch für eine Ehrung vorschlagen und zustimmen. Das hat absolut nichts mit Ideologie zu tun, da wertet man, Kollege Prack da bin ich ganz ihrer Meinung, da wertet man die Verdienste eines Mannes, der 36 Jahre in der Kommunalpolitik gearbeitet hat, und wir sollten endlich einmal aufhören, hier da mit dem ideologischen Mäntelchen Leute zu vergrämen und irgendwelche Aussagen wie Hetze oder sonst irgendwas, dies ist eines Hauses hier nicht würdig und das ist einer Person Roman Eichhübl nicht würdig. Danke.

APPLAUS

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Kollege Zötzl bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich glaube, da ist in der Vergangenheit einiges schief gegangen. Ich weiß nicht woran es liegt, möglicherweise an der antiautoritären Erziehung, aber eines weiß ich ganz genau, dass das eine Frechheit ist was da gemacht wird von Ihnen. Also und ich weiß aber auch eines ganz genau, ich werde mich in Zukunft mit solchen Themen nicht beschäftigen und die Fehler aus der Vergangenheit was da gemacht worden sind nicht bereinigen oder sonst irgendwas in diese Richtung tun.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Dankeschön, Kollege Mayrhofer, bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Eine Ehrung ist eigentlich etwas, wo die Politik draußen bleiben soll. Das ist auch das Ende der Politik für diese beiden Persönlichkeiten. Beide, ich darf sie zusammenfassen. Und wir haben vor vielen Jahren einmal schon den Beschluss gefasst Menschen nicht wegen der Dauer ihrer Zugehörigkeit werden hier nur ein Mindestmaß angeführt und haben gesagt, mindestens 10 Jahre im Stadtsenat, aber das Entscheidende ist vor allem natürlich, wie haben sich diese Leute engagiert für das Wohl der Stadt. Dass man hier durchaus unterschiedlicher politischer Meinung sein kann und dass einem nicht eine jede Äußerung oder Entscheidung vielleicht entspricht, das ist vollkommen klar. Ich habe aber beide seit über 20 Jahren erleben können in diesem Haus, in diesem Raum und ich muss sagen, beide haben ein wirklich über das Maß hinausgehendes Engagement für die Interessen der Stadt gehabt. Und das was uns hier jetzt vorgeführt wurde, das erinnert leider Gottes schon ein bisschen auch an das Dritte Reich, weil es ist eigentlich fast Richtung Rassendiskriminierung. Weil jemand einer Ideologie angehört, bin ich nicht bereit, eine Ehrung auszusprechen. Das disqualifiziert glaube ich den Wortmelder auf das Äußerste! Und mehr möchte ich dazu überhaupt nicht sagen, danke.

Applaus!

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Kollege Ritter, bitte.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Verehrte Anwesende, Herr Kaltenböck. Wie sie zuerst gesagt haben, wenn sie hier reinkommen, dann lassen sie die Ideologie nicht am Kleiderständer draußen, sondern portieren sie auch in den Gemeinderat. Ich habe in der ersten Sitzung des Gemeinderates, habe ich sie gehört, sie sind heraus gegangen, ich habe mir gedacht „fesch“ ein junger Mensch selbstsicher und dann lässt er eine sozialistische eine kommunistische Hetztirade und beschimpft uns mit den Worten Bonzen usw. und jetzt ist es das zweite Mal, dass ich wieder so eine Hass- und Hetztirade von ihnen höre, und ich denke mir, wem gegenüber gilt das? Und könnten sie nicht, wenn sie schon vielleicht ein Erziehungsproblem haben - das weiß ich nicht, das wurde zuerst angesprochen - aber wenn sie es nicht mit dem Wort „Respekt“ bewältigen können in so einer Sitzung, dann probieren sie es vielleicht mit den Wort „Toleranz“. Das ist ein Verb, das bei ihnen üblicher ist. Und ich muss ihnen noch eines sagen, ich und hier kein einziger Mensch, wir haben diese Hetzerei und diese Beschimpfungen nicht notwendig, ganz ehrlich. Und mit einer väterlichen Rüge wie damals vom Bürgermeister und vom Herrn Hauser würde ich es nicht bereinigen lassen. Also ich sage, nehmen sie sich ein bisschen zusammen und sagen wir einmal so - ehren sie den Gemeinderat, auch wenn es hier vielleicht nicht immer ideologisch nach ihrem Sinne zugeht. Im Übrigen qualifizieren sie sich genau dorthin, wo ich sage, in ihrem Alter haben sie noch nicht die politische Kragenweite, dass sie hier ideologisch Aussagen treffen können.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Kollege Kaltenböck, bitte.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Also ich möchte einmal mit meiner Erziehung beginnen, weil da bin ich ein bisschen angegriffen worden, so bezüglich antiautoritäre Erziehung und solche Dinge. Also ich glaube solche Dinge haben da herinnen auch nichts verloren, dass man es dann auf diese wirklich persönliche Ebene herunter bricht. Ich habe die Ideologie kritisiert der FPÖ, ich habe nicht den Herrn Eichhübl persönlich angegriffen, weil ich kenne den Herrn Eichhübl nicht, das ist Faktum. Das ist allen da herinnen bewusst, ich bin jetzt seit neuestem im Gemeinderat herinnen und kann deswegen die Arbeit des Herrn Eichhübl nicht beurteilen. Deswegen habe ich auch ganz klar gesagt, der Arbeitseinsatz steht für mich nicht zur Debatte, ok. Für mich ist es sehr wichtig, Ideologie zu behandeln und sich über Ideologie zu unterhalten. Und Vergleiche mit dem Dritten Reich anzustreben Herr Mayrhofer, das ist wirklich das Aller-

Allerletzte was es gibt. *Unverständliche Zwischenrufe von Herrn Mayrhofer* Das ist, das ist wirklich das Letzte, weil eine Ideologie die diesen Rassenbegriff verwendet, die kann ich ausgrenzen und da brauche ich auch keine Toleranz zeigen. Toleranz ist ein Begriff der oftmals falsch verstanden wird. Denn wenn ich intolerante Menschen, Menschen die andere abwerten, toleriere, dann toleriere ich und legitimiere ich auch diese Ideologie die dahinter steht. Und diese Ideologie ist etwas mit der ich persönlich nichts anfangen kann, weil sie eben menschenverachtend ist zu einem gewissen Grad. Und da Vergleiche mit dem Dritten Reich anzustellen, das ist wirklich, also das ist wirklich das Allerletzte was es gibt. Ich hoffe, dass derer Meinung auch einige andere Personen hier im Raum sind, weil solche Vergleiche sollte man wirklich nur dann heranziehen, wenn es notwendig ist, und wenn nationalsozialistisches Gedankengut verbreitet wird. Und das ist von mir sicher niemals der Fall und wird auch nie der Fall sein, soviel nur dazu. Und dann noch zu dem Vergleich mit dem, dass der Bonzenbegriff gefallen ist, dass ich den verwendet hätte, das ist in dieser Form auch nicht wahr, weil Bonzen grundsätzlich ein tendenziell-antisemitischer Begriff ist, und deswegen würde ich diesen Begriff nicht hier herinnen verwenden. Sie haben da glaube ich das ein bisschen verdreht. *..Unverständliche Zwischenrufe vom Platz ...* nein, das habe ich nicht verwendet, ich habe es nicht, ich habe diesen Begriff angekreidet in meiner Wortmeldung. Natürlich habe ich das, also bitte ich werde noch wissen, was ich selber gesagt habe! Aber das tut jetzt nichts zur Sache, das ist auch nicht wirklich so wichtig-ja. Gut, ich hoffe die Sache ist damit bereinigt, ich bin für einen guten Umgangston da herinnen. Aber mir ist es auch wichtig, dass man sich ideologisch über Dinge unterhält und nicht immer nur hereinkommt und dann sagt, jetzt legen wir unsere Ideologie ab, jetzt sind wir im ideologiefreiem Raum und betreiben Politik ohne Ideologie, weil das ist dann für mich nur mehr Verwaltung und keine Politik mehr. Und das was ich betreibe ist keine Hetze, das ist eine Kritik an der Ideologie der FPÖ. Und die Ideologie der FPÖ ist auch nach Meinung von Experten und Expertinnen auch Rechtsextremismus, Experten und Expertinnen, ich zitiere hier das Dokumentationsarchiv „Österreichischen Widerstands“ die die FPÖ als rechtsextrem einstufen. Also das ist nichts was ich jetzt frei erfunden hätte und mir aus den Fingern gesaugt habe, das ist ja nicht der Fall.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ja, der Herr Pichler noch einmal bitte.

GEMEINDERAT UWE PICHLER:

Bitte Kollege Kaltenböck, der im Gemeinderat, sich nicht mit einer Veranstaltung vergleichen und wir nehmen zur Kenntnis, dass hier die Ideologie bewertet wird bei einer Ehrung und nicht die Person.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Die Frau Kollegin Frech, bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Für mich zeigt diese Diskussion eines, und da habe ich meine Meinung gegenüber der letzten Periode nicht geändert. Für die, die „neu“ dabei sind. Ich habe beim Thema Ehrungen immer eine Position vertreten und die vertrete ich nach wie vor. Wir sind Politikerinnen und Politiker, wir sind, ein gescheiterer Begriff fällt mir auf die Schnelle nicht ein, so irgendwie Diener des Volkes. Klingt zwar auch nicht gut, aber wir machen eine Tätigkeit. Wir machen die freiwillig, wir machen sie auch nicht ganz ehrenamtlich. Auch wenn wir viel mehr machen mitunter, als wir machen müssten. Und ich habe mich immer dafür ausgesprochen, Ehrungen generell zu überdenken und viel mehr jene zu ehren, die nicht aus der Politik kommen. Das ist glücklicherweise auch passiert, wir haben jetzt die Ehrungen für kulturelle Verdienste, Verdienste um das Ehrenamt, wirtschaftliche Verdienste etc. Und die werden auch nicht im großen Maße, weil sonst wird es, ist die Meinung mancher inflationär. Ich teile diese Meinung nicht, aber Kompromisse muss man eingehen im Leben, das ist halt so, die geben wir her. Das funktioniert ganz gut und hat es auch nie Diskussionen gegeben, schon gar nicht hier in diesem öffentlichen

Gemeinderat. Das ist in den Ausschüssen, da wird das vorgeschlagen, akzeptiert – geht weiter. Wir haben aber noch immer natürlich die Ehrenbürgerschaft und als abgestufte Variante darunter den Ehrenring. Und wenn sie da in diesem Gemeinderatssaal hereinkommen oder hinausgehen, ist diese Tafel mit den Ehrenbürgern. Eine Ehrenbürgerin hat es gegeben, das war die Enrica Handel-Mazzetti, eine Schriftstellerin und keine Politikerin. Aber es hat sehr, sehr lange gedauert, dass jemand wie Professor Karl Mostböck diese Ehrenbürgerschaft bekommen hat, auch kein Politiker, der Großteil Politiker. Ich hatte gehofft, dass wir diese Automatik durchbrechen können. Dass wir sagen der Ehrenbürger in ganz besonderen Fällen, der Ehrenring auch in besonderen Fällen, ist wirklich für jene vorgesehen, die sich besondere Verdienste gemacht haben, aus allen möglichen Bereichen. Für die Politik denke ich mir, muss es nicht unbedingt sein. Politiker ehren Politiker, ja soll sein, aber ich halte ehrlich gesagt nichts davon. Wir sollten lieber uns auf die Suche nach jenen begeben, die großartige Leistungen für diese Stadt darbringen. Die das mitunter im Verborgenen machen, die nichts davon „haben“, also da denke ich mir, Politiker werden wie gesagt auch durchaus, gerade wenn es im Bereich Stadtsenat liegt und Ehrenring geht nur für den Stadtsenat, hier haben wir durchaus einen gewissen Bezug. Also von daher denke ich mir, wäre es vielleicht jetzt an der Zeit darüber einmal nachzudenken, wollen wir diesen Automatismus gewisse Zeit im Stadtsenat, gewisse Zeit engagiert in der Stadt, und das hat jetzt nichts mit den handelnden Personen zu tun, diese Meinung habe ich immer vertreten, egal um wem es geht. Und fernab von irgendwelchen Ideologien aber genau so etwas entsteht anscheinend wenn die Politik die Politik ehrt oder nicht ehren will. Wie gesagt aus diesem Grund schlage ich vor, vielleicht mal darüber nachzudenken ob wir nicht doch künftig ein bisschen einen anderen Weg gehen. Von dieser Automatik wegkommen, was ich weiß gibt es ohnedies Ehrungen für Politiker die dann von Landesseite kommen oder von Bundesseite. Aber das wir im Gemeinderat ehemalige Gemeinderäte oder Stadtsenatsmitglieder ehren, ich weiß nicht ob das wirklich so zeitgemäß ist. Die Diskussion hat gezeigt, es ist nicht sehr hilfreich für das Klima untereinander und es ist auch der Grund warum ich mich aus prinzipieller Überlegung bei diesen beiden Ehrungen enthalten werde. Das hat für mich nichts mit Ideologie zu tun, das hat nichts mit den handelnden Personen zu tun, das hat etwas mit dieser Grundeinstellung zu tun, das ich sage, es sollen andere geehrt werden und nicht wir Politikerinnen und Politiker. Dankeschön.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Kollege Kaufmann, bitte.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja, meine Damen und Herren. Es tut mir jetzt ein bisschen Leid für die heute anstehenden Personen Eichhübl und Oppl, dass diese Diskussion so in eine Richtung geht, wo mir heute das Format einfach nicht passt. Ich habe ein großes Verständnis dafür, dass man uns vielleicht öfter über Ideologien auch mit einem gewissen Tiefgang allerdings unterhalten sollten. Und ich habe auch Verständnis dafür zu überlegen, wie weit wir Politiker – Politiker ehren sollen oder eher andere verdienstvolle Persönlichkeiten, aber ich glaube das ist nicht richtig am Platz, wenn man mit konkreten Personen uns beschäftigen. Und ich – aus meiner Erfahrung die ich mit beiden gemacht habe sehe ich durchaus eine Berechtigung anzuerkennen was sie hier als Politiker und das hat gar nichts damit zu tun, dass das eine bezahlte Funktion ist. Wir wissen alle da herinnen, was da alles daran hängt. Wenn man Politik ernst nimmt und das habe ich bei beiden Personen gesehen, dass sie hier für ihre Funktion und Verantwortung, die sie für die Stadt hier getragen haben, sich sehr stark eingebracht haben und deswegen ist es für mich sehr nachvollziehbar, dass man beiden Personen diese Ehrung auch gibt. Und wir haben ein demokratisch gewähltes Feld mit einer gewissen Spannweite und ja eine Wortmeldung war ja schon, dass hier auch ein Grüner durchaus in Frage kommen könnte, was ich durchaus auch so sehen würde. Derzeit halt noch nicht, weil wir noch nicht so lange in diesen Funktionen sind, bei mir wird es sich wahrscheinlich auch nicht ganz ausgehen vom Alter her. Aber sei darum, es tut mir jetzt ein bisschen leid um die beiden Personen und auch um den Roman Eichhübl, dass die Diskussion in diese Richtung gegangen ist. Ich möchte es wieder einfangen ein bisschen und eben meine Unterstützung für

diese Ehrung in beiden Fällen hier auch kundtun. Ich glaube sie haben es sich verdient und ja die, die sie näher kennen wissen das auch. Danke.

APPLAUS

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Dann möchte ich noch ganz kurz dazusagen, also ich möchte das doppelt unterstreichen, was gerade der Herr Kollege Kaufmann gesagt hat. Dass es einerseits um Personen geht. Natürlich bin ich der Meinung, dass nicht ein jeder da die Ideologie draußen aufhängen soll oder sonst irgendetwas, gar keine Frage. Jedem bleibt seine persönliche Meinung natürlich frei. Aber die andere Seite ist, dass wir hier im Gemeinderat letztlich aufgerufen sind, unter anderem auch Sachpolitik zu machen. Politik zu machen dafür, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt wohlfühlen. Und da möchte ich schon dazu sagen, dass diese zwei Persönlichkeiten Roman Eichhübl und Walter Oppl ein gutes Stück dazu beigetragen haben, dass es lebenswert ist in dieser Stadt, das möchte ich einmal dreimal unterstreichen. Das nächste was ich noch kurz dazu sagen möchte liebe Frau Kollegin Frech: es genügt eh schon alles überall, dass alle sagen, dass die Politiker sozusagen nicht gerade die beschätzenswertesten Leute sind. Wenn wir jetzt selber auch noch anfangen uns zu sagen, dass Politiker nichts wert sind, dann wäre es vielleicht gescheiter – dann wäre es vielleicht gescheit, wenn der Eine oder der Andere der dieser Meinung ist, versucht sozusagen seinen Job zu wechseln.

APPLAUS

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mein Schlusswort, wird sind noch beim Kollegen Roman Eichhübl. Eine außergewöhnliche Persönlichkeit in der Kommunalpolitik mit großen Verdiensten die weit über das normale Maß hinausgehen, der muss aber auch diese Ehrung bekommen und nur darum. Natürlich geht es auch um Jahre und um Funktionen, wie man einen Job macht. Und der Roman Eichhübl und ich kenne ihn lange, nicht nur in seiner Funktion oder in der Funktion wo ich jetzt bin, den in Verbindung mit Hetze und mit Hass zu bringen, ist sowas von Graus, um es freundlich zu formulieren, da kann man irgendwo ja offensichtlich nur in Schablonen denken. Aber ist jedem unbenommen, und wenn jemand der Meinung ist, in der Kommunalpolitik muss in erster Linie Ideologie im Vordergrund stehen, dann denke ich sollte derjenige oder diejenige es auch überdenken. Weil wenn in der Kommunalpolitik das im Vordergrund steht, dann werden wir nichts zusammen bringen. Und der Vorteil ist ja, dass in der Kommunalpolitik, das eher im Hintergrund ist. Noch einmal es geht um Persönlichkeiten wie dem Roman Eichhübl, der für besondere Verdienste ausgezeichnet werden soll. Und es geht, liebe Michaela Frech nie um einen Automatismus! Der Gemeinderat der Stadt Steyr, das höchste Gremium stimmt hier über eine Ehrung ab, über die zweithöchste Ehrung die die Stadt zu vergeben hat, wo ist da der Automatismus? Da müssen viele die Hand heben, im Vorfeld signalisieren dass sie dafür sind, das ist weit weg von jedem Automatismus. Und das, und da bin ich ganz beim Kollegen Hauser, wenn ich sage, die Politiker sollte man eher von den Ehrungen zurücknehmen. Ja wir können sie von allem zurücknehmen, wir können uns überhaupt von allem zurückziehen. Und der Travnicek hat immer gesagt, wenn ich könnte wie ich möchte, würde ich alles abschaffen. Wir können alles abschaffen, und dann wird irgendwer irgendetwas tun, ich bin nicht der Meinung. Ich glaube wir machen einen guten Job, und manche machen einen besonders guten Job, und da diese Auszeichnung der Ehrenring ist, für Leute gedacht die einen besonders guten und Engagement geführten Job für diese Stadt gemacht haben, und das über Jahrzehnte, wie beim Roman Eichhübl. Ich ersuche um Beschlussfassung für den Ehrenring.

APPLAUS

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Der Antrag wurde gehört. Wer für die Verleihung des Ehrenringes an den Roman Eichhübl ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Zwei Gegenstimmen. Übt jemand Stimmenthaltung? Eine Enthaltung. So bitteschön nächster.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt angenommen.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **30**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner,)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, GR Dr. Markus Spöck MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 1 – (GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **2**

GRÜNE 2 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

Stimmenthaltung: **1**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 1 – (GRⁱⁿ MMAG. Michaela Frech)

9) Präs-387/15 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Vizebürgermeister a. D. Walter Oppl.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zweite Persönlichkeit die ich für den Ehrenring der Stadt Steyr vorschlagen darf ist der Vizebürgermeister a.D. Walter Oppl. Sowie Roman Eichhübl ein Urgestein der Steyrer Kommunalpolitik, ein völlig anderes Colour aber im Endeffekt mit demselben Engagement mit dem Herzen dabei. Viele Jahrzehnte für die Stadt in bezahlter Funktion aber in vielen,vielen ehrenamtlichen Funktionen auch. Es wird ja so oft getan oder die Politiker hingestellt wie wenn sie nur in der bezahlten Funktion unterwegs sind und das andere ja das macht dann irgendwer. Wenn man sich anschaut wie wirklich Politik in Österreich passiert, vor allem in den Gemeinden und Kommunen und wo die bezahlten Politiker, so viele gibt es ja gar nicht, dann

auch noch überall ehrenamtlich tätig sind, und dann sagen, eigentlich haben sie sich eh gar nichts verdient, weil das ist eh alles ihr Job und ihre Verpflichtung, ist ja in Wahrheit weit weg von der Realität. Der Walter Oppl ist auch so einer, der in zig Ehrenämter noch parallel zu seiner politischen Funktion tätig war. Von den Kinderfreunden bis hin für viele, viele soziale Einrichtungen: Rotes Kreuz und und und..... Und all das gibt am Schluss ein Gesamtbild, nach Jahrzehnten der kommunalen Tätigkeit, und das ist mustergültig, und da gibt es die zweithöchste Auszeichnung der Stadt dafür zu vergeben und wir im Gemeinderat sind aufgerufen dafür die Hand zu heben und darum ersuche ich.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Präsidiales und Bürgeranwalt vom 22. Februar 2016 wird Herr Vizebürgermeister a. D. Walter Oppl gemäß § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr in Verbindung mit § 14 der Ehrenzeichenrichtlinien 2010 mit dem Ehrenring der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Träger des Ehrenringes der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner über das normale Maß hinausreichenden Verdienste als Gemeinderat, Stadtrat und Vizebürgermeister der Stadt Steyr, insbesondere für sein großes und vorbildliches Engagement im **sozialen und wirtschaftlichen** Bereich sowie in der Verbesserung des kommunalen Wohnraumes“

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Wer also für die Verleihung des Ehrenringes an den Vizebürgermeister a.D. Walter Oppl ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Zwei Enthaltungen. Nächster bitte.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt angenommen.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **31**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner,)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRin Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 – (GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, GR Dr. Markus Spöck MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 2 – (GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Stimmhaltung: **2**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 1 – (GRⁱⁿ MMAG. Michaela Frech)

GRÜNE 1 – (GR Matthias Kaltenböck)

10) Präs-26/16 Resolutionsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion – „Nein zum Durchgriffsrecht der Bundesregierung“.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mein nächster Punkt ist ein Resolutionsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion mit dem Titel „Nein zum Durchgriffsrecht der Bundesregierung“ und ich ersuche jemanden der FPÖ-Fraktion diese Resolution zu bekunden bzw. den Inhalt kurz vorzustellen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die FPÖ-Fraktion stellt gern. § 19 der Geschäftsordnung des Gemeinderates für die Stadt Steyr den Antrag, dass nachfolgender Resolutionsantrag in die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung aufzunehmen ist:

RESOLUTIONSANTRAG

Der Gemeinderat der Stadt Steyr möge beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Steyr spricht sich gegen das "Durchgriffsrecht" der Bundesregierung aus.
2. Der OÖ. Landtag, die OÖ. Landesregierung, der Nationalrat und die Bundesregierung werden im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, alle rechtlichen Schritte zu setzen, um das "Bundesverfassungsgesetz über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden" rasch wieder aufzuheben.

Begründung:

Die Asylpolitik der Bundesregierung ist gekennzeichnet durch ein unregelmäßiges Reagieren, anstatt eines offensiven und gesteuerten Handelns. Es fehlt ein Plan für die Bewältigung der Flüchtlingsströme. Ein unrühmlicher Höhepunkt dieser Asylpolitik des Bundes ist auch das Bundesverfassungsgesetz über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden („Durchgriffsrecht“), das die Autonomie der Länder und der Gemeinden sowie die Nachbarrechte von Bürgern völlig aushebelt.

Zu Recht lehnen viele öffentliche Institutionen und Verantwortungsträger diesen Eingriff in Verfassungsrechte der Gemeinden strikt ab. Die Verfassung ist immerhin die Grundsäule der demokratischen Gesellschaft.

Neben der Aushebelung der Länder- und Gemeindeautonomie sowie der Nachbarrechte von Bürgern, kann der Bund auch jederzeit eigenständig die derzeitige „Flüchtlingsquote“ von 1,5 % der Wohnbevölkerung einer Gemeinde erhöhen. Ein effektives Mitspracherecht der Länder und Gemeinden gibt es nicht!

Die Bundesministerin für Inneres kann per Bescheid die Nutzung und den Umbau von Bauwerken oder die Aufstellung beweglicher Wohneinheiten auf Grundstücken, welche im Besitz des Bundes bzw. von diesem angemietet oder gepachtet sind, ohne vorheriges Verfahren anordnen. Gegen diesen Bescheid ist eine Beschwerde nicht zulässig.

Das Fehlen jeglicher Rechtsmittel gegen diese Maßnahmen ist demokratiepolitisch mehr als bedenklich. Dieses Durchgriffsrecht des Bundes missachtet die Eigenständigkeit der Länder und Gemeinden, greift massiv in Bürgerrechte ein und widerspricht auch dem Gleichheitsprinzip. Dieses Bundesverfassungsgesetz ist somit sofort aufzuheben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich versuche jetzt die Ideologie draußen zu lassen und das rein mit dem Menschenverstand, mit dem gesunden abzuhandeln. Und bei unserem Resolutionsantrag geht es wie der Herr Bürgermeister schon gesagt hat „Nein zum Durchgriffsrecht der Bundesregierung“. Ich werde den Antrag grob vorlesen. „Resolutionsantrag“ Der Gemeinderat der Stadt Steyr möge beschließen.

1. Der Gemeinderat der Stadt Steyr spricht sich gegen das „Durchgriffsrecht der Bundesregierung“ aus.
2. Der OÖ. Landtag, die OÖ. Landesregierung, der Nationalrat und die Bundesregierung werden im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, alle rechtlichen Schritte zu setzen, um das „Bundesverfassungsgesetz über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden“ rasch wieder aufzuheben

Die Begründung:

Die Asylpolitik der Bundesregierung ist gekennzeichnet durch ein unregelmäßiges Reagieren, anstatt eines offensiven und gesteuerten Handelns. Es fehlt ein Plan für die Bewältigung der Flüchtlingsströme. Ein unrühmlicher Höhepunkt dieser Asylpolitik des Bundes ist auch das Bundesverfassungsgesetz über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden, das das „Durchgriffsrecht“, die die Autonomie der Länder und das ist für uns das Wesentliche, der Gemeinden sowie Nachbarrechte von Bürgern völlig aushebelt. Zu Recht lehnen viele öffentliche Institutionen und Verantwortungsträger diesen Eingriff in Verfassungsrechte der Gemeinden strikt ab. Die Verfassung ist immerhin die Grundsäule der demokratischen Gesellschaft. Neben der Aushebelung der Länder- und Gemeindeautonomie sowie der Nachbarrechte von Bürgern, kann der Bund auch jederzeit eigenständig die derzeitige Flüchtlingsquote von 1,5 % der Wohnbevölkerung einer Gemeinde erhöhen. Ein effektives Mitspracherecht der Länder und Gemeinden gibt es nicht! Die Bundesministerin für Inneres kann per Bescheid die Nutzung und den Umbau eines Bauwerkes oder die Aufstellung beweglicher Wohneinheiten auf Grundstücken, welche im Besitz des Bundes bzw. von diesem angemietet oder gepachtet sind, ohne vorheriges Verfahren anordnen. Und dagegen ist kein Bescheid oder Beschwerde zulässig. Das Fehlen jeglicher Rechtsmittel gegen diese Maßnahmen ist demokratiepolitisch mehr als bedenklich. Dieses Durchgriffsrecht des Bundes missachtet die Eigenständigkeit der Länder, der Gemeinden, greift massiv in Bürgerrechte ein und widerspricht auch dem Gleichheitsprinzip. Dieses Bundesverfassungsgesetz ist somit sofort aufzuheben. Damit man diese Lage ein bisschen besser verstehen kann, muss man auch ein bisschen zurück blicken. Vor nicht ganz einem Jahr, hat der erste Hauptflüchtlingsstrom Österreich erreicht und hunderttausende Menschen sind über unsere Staatsgrenzen gekommen und das illegal. Wenn man die Richtlinien von Schengen und Dublin und auch von der Genfer Konvention hernimmt. Viele sind nach Deutschland gegangen, das mit der Österreichischen Bundesbahn, viele sind in Österreich geblieben, haben Asyl angesucht. Das waren im Jahr 2015 - 90.000 Personen und viele sind auch verschwunden. Unter diesen Voraussetzungen der damaligen Betrachtung hat das von der ÖVP/SPÖ-Bundesregierung dieses Verfassungsgesetz also das Durchgriffsrecht im Oktober 2015, gegen die Stimmen der FPÖ im Nationalrat beschlossen. Auf – ich schätze einmal das war auf Grund dessen, dass in Österreich, in den Erstaufnahmezentren die Plätze nicht mehr vorhanden waren – sprich auch deswegen weil die Länder und Gemeinden in die Pflicht gerufen wurden, wobei ich nicht ganz sicher bin, wer diese Pflicht eigentlich auferlegt, dass diese Menschen in Österreich flächendeckend verteilt werden hätten sollen unter dem Motto „Wir schaffen das“. Und wie wir aber täglich alle mitkriegen und auch hören, oder eigentlich stündlich schon fast medial mitverfolgen können, stehen wir aber vor einer völlig anderen und geänderten Situation was die Regierungsmeinung zum Thema Flüchtling und Asyl betrifft. Ich bin der Meinung da ist momentan schon angekommen „Wir schaffen das nicht“. Es hat innerhalb weniger Monate eine 180° Grad Kehrtwende der Bundesregierung in der Asyldebatte gegeben. War man anfangs nicht sicher wie man einen Zaun definieren soll, so agieren jetzt unser Außenminister und unser Innenminister sogar als Grenzzaun-Errichtungsberater in Bulgarien, als ob die selbst nicht wissen, was ein Zaun ist. Folgend unter dem Gesichtspunkt das ist für mich ganz interessant, dass wir eigentlich gar keinen ordentlichen Grenzzaun haben und das ist für mich sehr eigenartig, dass die das machen!

Die geänderte Situation was die Einstellung auch zur Flüchtlingssituation betrifft, zieht sich quer durch die ganze Bundesregierung bis hinauf zum Bundeskanzler, der mittlerweile einen Sprachgebrauch pflegt, der noch vor einem halben Jahr undenkbar war. Jetzt wird auf Vorschläge die die FPÖ schon seit langem gefordert haben zurückgegriffen. Etwa Grenzkontrollen, Obergrenzen und dergleichen. Wir von den Freiheitlichen könnten uns es jetzt leicht machen, und auch von Hetze sprechen, oder darüber dass der Glaube an ein grenzenloses Europa gefährdet ist. Oder auch dass die Willkommenskultur hier nicht an den Tag gelegt wird. Und das und noch viel mehr könnten wir jetzt genauso wie das uns vor einem Jahr vorgeworfen worden ist tun. Wir tun es aber nicht, weil wir diese Maßnahmen zum Schutz unserer Heimat und Bevölkerung aus notwendig erachten und endlich etwas getan wird. Wir hoffen aber auch, dass das Richtige gemacht wird. Denn der Weitblick so mancher, wie wir gesehen haben nur wenige Monate anhält, und dann einfach das Gegenteil behauptet bzw. vertreten wird. Und die Auswirkungen aus solchen Ausflüssen werden wir alle spüren, und das betrifft uns alle, und das sehen wir jetzt da bei dem Durchgriffsrecht zu der Bundesregierung. Wir wollen mit diesem Resolutionsantrag lediglich der Bundesregierung einen geordneten Ausstieg aus dieser Situation nahelegen, und veranlassen, dass dieses Bundesverfassungsgesetz sofort aufgehoben wird. Und dazu möchte ich alle recht herzlich einladen, dass sie mit uns diesen Weg gehen.

APPLAUS

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Zu Wort gemeldet hat sich die Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Ja- ich habe mich gleich zu Beginn zu Wort gemeldet, weil ich fürchte, dass da jetzt wieder wahrscheinlich ein bisschen so wird, wie ich es mir eigentlich von der politischen Kultur her nicht wünsche, deshalb nur was allgemeines dazu. Es gab eine Zeit in diesem Gemeinderat und das hätte ich was diesen Punkt anbelangt gerne wieder zurück wo wir uns alle geeinigt haben, alle Fraktionen, dass wir Resolutionen an die Bundesregierung oder an andere nur dann machen, in absoluten Sondersituationen wenn es wirklich einen Aussicht auf Erfolg hat und das Ganze wirklich etwas bringt. Aber nicht den Gemeinderat nützen, als Bühne um Ideologien zu transportieren, um Meinungen zu transportieren, wohlwissend, dass mit dieser Resolution gar nichts passieren wird. Weil das muss jedem klar sein wenn die Stadt Steyr jetzt und ich möchte nicht missverstanden werden, dass mich die eigene Stadt gering schätzen würde, aber ich glaube das wird niemanden großartig kümmern, wenn wir als Stadt Steyr sagen, wir haben da eine Resolution. Wenn man etwas will, dann kann man das über den Städtebund spielen usw. und so fort. Hier herinnen, diese Resolutionen die waren einmal eine Zeit lang sehr en vogue, jetzt kehrt es anscheinend wieder zurück, ist es wieder ein bisschen trendig. Ich würde mir wünschen, wieder zurückzugehen eine Stufe oder einen Schritt zurück, und diese Resolutionen nicht in den Gemeinderat anzubringen. Wenn es um etwas geht, das auch intern zu regeln. Ich glaube wir haben genug Herausforderungen die wir gemeinsam angehen können, wo wir wirklich in der Stadt Steyr handeln können und wo wir dann nicht Situationen haben, wo auch wieder dann ideologische Kämpfe hier herinnen im Gemeinderat ausgetragen werden. Vielleicht dann auch noch, gerade wenn es um dieses Thema geht, in dem hochsensiblen Bereich der Flüchtlinge. Und ich würde mir wünschen, dass die Diskussion über diese Resolution auf jedem Fall in einem Stil abläuft, der einer politischen Kultur des Steyrer Gemeinderates würdig ist, und dass man Resolutionen generell davon wieder absieht. Das ist ja nicht nur die eine Resolution, es gibt eine zweite Resolution auch noch. Kehren wir doch zu dem zurück, was man in der Kommunalpolitik machen sollten, das was möglich ist, und da haben wir viel zu tun und nicht einfach hier irgendwelche Scheingefechte zu führen und Papier zu produzieren.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Danke, als nächster zu Wort gemeldet, der Kollege Prack.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Werter Gemeinderat und werte Gäste. Zuerst einmal zu Resolutionen, das ist natürlich etwas was ich nicht weiß. Mir wurde zwar klargemacht, dass Resolutionen nicht wahnsinnig gerne gesehen werden, dass es hier aber quasi eine Übereinstimmung gibt, dass man das generell lassen, das wusste ich nicht. Aber es ist eine Sache wo man darüber diskutieren kann. Zum Stil machen sie sich keine Sorgen, es wird kein ideologischer Rundumschlag, habe ich nicht vor. Was ich sagen möchte zu dem Antrag und ein bisschen weiter ausholen, das tut mir wahnsinnig leid. Steyr geht mit den Flüchtlingen und mit der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylwerbern sehr gut um. Wir machen da eine gute Arbeit und die machen wir über die Parteigrenzen hinweg gut, und das halte ich für wichtig und eigentlich ein Erfolgsrezept. Wir haben eine ganz gute Betreuung, sehr viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Wir haben kleine Einheiten was sich bewährt werden, das – so ist zumindest der Plan auch weiter so machen. Da sind wir uns glaube alle einig dass das in dieser Art und Weise am besten funktioniert. Und wenn man schon vorhin ordentlich über Ideologien gestritten haben, das ist einer der Punkte wo von Seiten der Freiheitlichen jetzt einmal nicht – also da gäbe es nichts wo ich sagen muss da waren sie aber arg oder da haben sie sich fürchterlich aufgeführt. Ich finde das in diesen Dingen sehr angenehm auch mit der Freiheitlichen Fraktion zusammenzuarbeiten und ich denke wir ziehen an einem Strang und das ist gut. Ich hoffe das bleibt so bei allen anderen ideologischen Differenzen die wir ganz sicher haben, aber in Sachpolitik offenbar geht es doch ganz gut. Zum Antrag! Noch einmal Steyr macht eine gute Arbeit, die Quote die gefordert ist wird uns herausfordern, wir werden es aber schaffen, das ist zu erfüllen, wir sind auf einem guten Weg. Das wird ohne Überfremdung gehen, das wird ohne soziale, sozialen Unfrieden gehen, natürlich kostet es was, aber das können wir uns durchaus leisten, und wir werden das schaffen. Aber und ich denke das stört uns alle hier herinnen, es gibt Gemeinden die ihren Beitrag nicht leisten. Und für die und nur für die ist dieses Durchgriffsrecht gedacht. Und es muss doch in unserem Interesse sein, dass die, die ihren Beitrag nicht leisten in die Pflicht genommen werden. Gehen wir ein Stück weiter und ich denke da wird auch die Fraktion der Freiheitlichen meiner Meinung sein. Schauen wir uns das Ganze in Europa an, es gibt leider einen Großteil der Länder, der seine Pflicht hier – die ihre Pflicht hier nicht erfüllen. Wir würden uns doch in Wirklichkeit auf EU-Ebene dringend wünschen, dass die in irgendeiner Weise dazu „gezwungen“ werden könnten, dass sie ihren Beitrag leisten. Dann hätten wir nämlich diese Probleme gar nicht in dieser Form. Heute in der Früh – Morgenjournal 1,5 Millionen Flüchtlinge in Europa bedeuten 0,3 % der europäischen Einwohner. Das wäre überhaupt kein Problem würden die anderen Länder ihre Pflichten erfüllen. Sie tun es nicht, wir haben leider in der EU kein Durchgriffsrecht. Wie aber kann dann eine Stadt wie Steyr, die die Arbeit gut macht fordern, das wir genau das wieder abschaffen was die österreichische Bundesregierung hier eingeführt hat mit diesem unaussprechlichen Namen- ich spare ihn mir. Ich denke wir sollten – oder sie sollten die Freiheitliche Fraktion bitte von diesem Antrag Abstand nehmen. Erstens bringt er nichts, zweitens schneiden wir uns damit ins eigene Fleisch falls er doch etwas bringen sollte, was aber eh nicht zu befürchten ist. Dankeschön.

APPLAUS

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Als nächster zu Wort gemeldet, der Herr Kollege Freisais, bitte.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Werte Kolleginnen und Kollegen, geschätztes Präsidium, liebe Gäste. Österreich hat ein massives Problem mit der Flüchtlingskrise. Ein Problem was ganz klar aufzeigt, was in den letzten Jahren falsch gelaufen ist. Erstens die Regierung hat die letzten Jahre geschlafen, die Flüchtlingsströme haben sich schon vor Jahren abgezeichnet, sind prophezeit worden und angekündigt worden, und man hat sich nicht auf die Flüchtlinge eingestellt. Und die Folge ist, das was wir jetzt sehen, das Ganze läuft unkoordiniert runter und in Mazedonien schlafen die Familien im Schlamm. Das zweite Problem die Politik ist nicht an einer ganzen-

heitlichen guten großen Lösung interessiert, sondern vertritt vielfach Partikularinteressen. Anstatt dass man an einem Strang zieht, will man die Verantwortung von sich weg führen und sie möglichst so positionieren dass man nur ja nicht zum Handkuss kommt und selber seinen Beitrag dazu leisten muss. Und meiner Meinung nach geht der Antrag in dieselbe Richtung. Wenn man sich die Zahlen ansieht bei einem Ort in dem 100 Personen leben, da kann man nicht davon reden, dass es irgendetwas gibt oder Probleme auftreten, wenn eine oder zwei Personen dazukommen und sich dort integrieren sollen. Und genau dasselbe ist proportional in Steyr und genau dasselbe wäre es in Europa selbst wenn 5 Millionen Flüchtlinge kommen würden. Die einzige Herausforderung die was es zu bewältigen gibt ist, dass die Flüchtlinge breit aufgeteilt werden, dass es nicht Ballungszentren gibt wo sich alles konzentriert, sondern dass man eben wie schon angesprochen an einem Strang zieht. Uns muss ganz klar sein, die EU die was das bewältigen soll die, ist nicht irgendwo da oben in Brüssel, sondern die EU sind wir alle. Und wenn wir schon im Kleinen grandios daran scheitern dass wir 1,5 % an Flüchtlingen unterbringen und in unsere Kreise integrieren und schauen dass die Leute eine Perspektive haben, dann können wir auch nicht erwarten dass Europa oder irgendwer anderes sonst, das löst was uns momentan in den Medien rundum so aufregt und was Fakt ist, sich täglich mit schrecklichen Bilder und Schlagzeilen überall steht. Ich werde mich daher gegen den Antrag aussprechen, danke.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Bitte Herr Kollege Spöck.

GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK; MBA

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Gemeinderat. Und jetzt glaube ich sind wir genau dort wo wir eigentlich in der Stadt Steyr nicht hinwollen, dass wir Europapolitik machen-Bundespolitik-Landespolitik und alles. Für mich stellt sich die Frage wenn ich so einen Antrag lese, kann man ideologisch denken wie man will. Man kann jetzt für Flüchtlinge sein dass die bei uns untergebracht sind, man kann gegen Flüchtlinge sein die bei uns untergebracht sind. Für mich stellt sich die Frage welche – du hast es zuerst vorgelesen Helmut, welche Bundesgebäude sind in Steyr davon betroffen dass wo ein Durchgriffsrecht bei uns überhaupt greifen kann, einerseits oder wo die so große Gebäude bei uns anmieten können, dass bei uns in Steyr ein Durchgriffsrecht – jetzt verspreche ich mich auch schon bei diesem Wort, überhaupt reden kann. *allgemeines Gelächter* Ich glaube wir haben eine Steuerungsgruppe in der Stadt Steyr die sehr genau mit den Hilfsorganisationen zusammenarbeitet wo auch wir in der Politik mitarbeiten können und immer gezielt Unterkünfte im Vorhinein aussuchen wo eventuell Flüchtlinge weiter untergebracht werden können. Und ich glaube wir sind da wirklich in dieser Zeit sparen wir dem voraus, das heißt wir hinken nicht hinten nach so wie es immer heißt, sondern wir schauen immer wo gibt es zukünftige Unterbringungsmöglichkeiten. Wie sind aber angewiesen darauf ob wir auch Flüchtlinge zugeteilt bekommen und das ist ein Wechselspiel sage ich einmal. Aber ein Durchgriffsrecht und da halte ich es mit meinen Vorrednern jetzt – kann nur dann funktionieren wenn eine Gemeinde sagt, nein wir nehmen keine und genau dort soll es aber doch sein, dann kann ich auch diesem Antrag nicht wirklich etwas abgewinnen und schon gar nicht eine Europa oder Österreichdiskussion im Steyrer Gemeinderat, wo wir eigentlich wirklich gesagt haben das hat da herinnen an und für sich nichts verloren, weil es uns nicht trifft.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut gibt es eine weitere Wortmeldung? Dann Herr Bürgermeister bitte ein Schlusswort.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, ein Schlusswort von meiner Seite. Ich halte diesen Antrag für kontraproduktiv, auch wenn ich mich in die Seelen der FPÖ hineindenke. Denke wir müssen froh sein, dass es dieses Durchgriffsrecht gibt, weil es Kollege Prack hat es schon gesagt noch immer Trittbrettfahrer gibt in Oberösterreich, 305 von 442 Gemeinden haben momentan Asylquartiere. Das heißt eine unglaubliche Zahl hat noch keinen einzigen Asylwerber untergebracht, das ist ja ein – eigentlich zum Schämen, zum Schämen und es passiert nur Schritt für Schritt. Und wenn wir

das Durchgriffsrecht nicht hätten, würden wir noch viel schlechter aussehen. Und die, die welche nehmen und gut unterbringen und gut betreuen wären noch viel schlechter dran, die wird man dann im Endeffekt erst recht ja im Endeffekt noch mehr belasten, das wollen wir nicht. Ich glaube dass das eine gute Einführung ist, ein bisschen Wink mit dem Zaunpfahl hat eh noch gar nicht so gewirkt. Aber diese wenn die Solidarität nicht da ist, dann muss man sie zumindest im gewissen Maße auch staatlich erzwingen, da bin ich sehr dafür, weil das ist etwas Kriegsflüchtlinge unterzubringen, denen unter die Arme zu greifen das ist ein Menschenrecht. Wir können über alle anderen reden, aber die gibt es und da kann ich mir nicht vorstellen dass jemand sagt die wollen wir nicht, die werden wir auch nicht hereinlassen. Das gibt es nicht, sie werden kommen, wir müssen sie unterbringen und über Wirtschaftsflüchtlinge können wir reden und über Mindestsicherung kann man reden, aber die gehören ordentlich untergebracht. Und wenn es das Durchgriffsrecht nicht gibt, dann sind die im Endeffekt die nicht unbedingt im Vordergrund stehen oder den Vorteil haben, die im Endeffekt bereit sind jemanden zu nehmen. Wir müssen die Solidarität einfordern alle oberösterreichischen Gemeinden, da muss endlich etwas passieren und da ist im Endeffekt dieses Durchgriffsrecht ein guter Hebel dazu. Also auch aus Sicht der FPÖ ein kontraproduktiver Antrag der österreichweit geht, da wären wir wieder beim Ding, wenn nicht eine Maschinerie ins Laufen kommt, derselbe Antrag in jeden Gemeinderat ist auch ein bisschen zu hinterfragen und das bringt nichts zur Sache.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ok, das Schlusswort wurde gehört. Der Antrag lautet: ein Resolutionsantrag vom Steyrer Gemeinderat aus an die Bundesregierung zu schicken. Wer für diesen Antrag ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. 2,4,6,8,10 – 10 dafür, ja damit es protokolliert wird. Wer ist dagegen? Machen wir es anders. Wer hat eine Enthaltung? Niemand, dann war der Rest dagegen, formal gehandelt. So damit ist der Resolutionsantrag abgelehnt. Nächster Tagesordnungspunkt bitte.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt abgelehnt.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **10**

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRin Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Gegenstimmen: **23**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner,)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMAG. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, GR Dr. Markus Spöck MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (GR Matthias Kaltenböck GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

11) Präs-40/16 Resolutionsantrag – Die Grünen Steyr; Keine Kürzung bei der Mindestsicherung für anerkannte Flüchtlinge – Resolution an den Oö. Landtag; Keine Beschränkung der Mindestsicherung für Familien – Resolution an die österreichische Bundesregierung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich habe noch einen, noch einen Resolutionsantrag, diesmal von den Grünen. Mit dem Inhalt keine Kürzungen bei der Mindestsicherung für anerkannte Flüchtlinge – Resolution an den Oö. Landtag; Keine Beschränkung der Mindestsicherung für Familien – Resolution an die österreichische Bundesregierung. Ich darf jemanden von der Grünen Fraktion ersuchen vielleicht in Kurzform das zu begründen oder darzulegen oder gleich in die Diskussion einsteigen zu lassen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der Sitzung des Oö. Landtags vom 28. Jänner 2016 wurde ein Antrag eingebracht, der unheimliche Einschnitte bei der Mindestsicherung für anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte von 914 auf 320 Euro vorsieht. Es ist die moralische Verpflichtung einer Stadt, in der Solidarität einen hohen Stellenwert einnimmt, im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten, Protest gegen diese Politik des Runtertretens zu äußern und ein Gegenmodell einer gerechten und solidarischen Politik zu vertreten.

Menschen, deren Lebensgrundlage zerstört wurde, die vor einer existenzbedrohenden Armut geflüchtet sind und die in ihrer Heimat kein würdiges Leben mehr führen können, muss geholfen werden. Hilfe darf aber nicht bei der Aufnahme und der Bereitstellung eines Quartierplatzes aufhören, sondern muss so weit gehen, dass ein selbstbestimmtes Leben, ohne Einschränkungen möglich ist. Wer die Mindestsicherung, das Mindestmaß einer Überlebenssicherung kürzt, drängt Asylberechtigte an den Rand der Gesellschaft, in eine Perspektiv- und Ausweglosigkeit. Es kann nur dann gelingen Menschen zu integrieren, wenn ihnen auch die Chance zur Integration geboten wird. Nur wenn betroffene Menschen in entsprechendem Ausmaß unterstützt werden, wird eine aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben für Asylwerber*innen und Asylberechtigte endlich möglich.

Obendrein will die gleiche schwarz-blaue Landesregierung mit einer Resolution, die an die Bundesregierung gerichtet wurde, die Mindestsicherung für Familien - unabhängig von deren Herkunft - auf 1500€ beschränken. Dabei wird keine Rücksicht auf Familien genommen, die gerade noch die Existenz ihrer Kinder absichern können. Der angespannte Alltag von alleinerziehenden Frauen und Mehrkeimfamilien würde sich noch weiter verschärfen, wodurch eine ausreichende Versorgung der Kinder zur unlöslichen Aufgabe wird.

Wir dürfen die Selbstbestimmung der Menschen nicht einschränken und sie - wie in der Resolution an den Bund gefordert - von Sachleistungen abhängig machen. Dadurch wird jegliche Entscheidungsfreiheit und die Möglichkeit zur Teilhabe am öffentlichen Leben genommen.

Die Grünen Gemeinderatsfraktion spricht sich gegen diese unheimliche Kürzungspolitik aus. Wir wollen ein weltoffenes Oberösterreich, ein weltoffenes Steyr, in dem für alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde möglich ist. Sprechen wir uns gemeinsam für eine Politik aus, die die Ärmsten unserer Gesellschaft nicht im Stich lässt.

Antrag

Der Berichterstatter stellt gemäß §12 Abs.1 StS. 1992 folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließt folgende Resolution an den Oö Landtag:

„Der Gemeinderat der Statutarstadt Steyr fordert den Oö. Landtag im Interesse eines solidarischen Zusammenlebens auf, von einer Kürzung der Mindestsicherung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte Abstand zu nehmen.“

Weiters beschließt der Gemeinderat folgende Resolution an die österreichische Bundesregierung:

„Der Gemeinderat der Statutarstadt Steyr fordert die österreichische Bundesregierung auf, von einer Deckelung der Mindestsicherung für Mehrkeim-Familien und einer Beschränkung der Mindestsicherung auf Sachleistungen im ersten Bezugsjahr, Abstand zu nehmen.“

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Ja liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Steyr sollte eine Stadt sein wie es glaube ich auch eine Stadt in der Solidarität und sozialer Zusammenhalt eine Selbstverständlichkeit sind. Eine Stadt, die sich dagegen ausspricht, denen das Wasser abzugraben, die am wenigsten haben, die am meisten unter sozialer Ungleichheit leiden. Und Steyr sollte auch eine Stadt sein, die dann Protest äußert, wenn es notwendig ist, und wenn diese, dieser soziale Zusammenhalt in Gefahr ist und bedroht wird. Die Schwarz-Blaue Landesregierung will die Mindestsicherung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte auf ein unmenschliches Maß von 320 € pro Monat zu kürzen. Mit diesen 320 € pro Monat ist ein würdiges, selbstbestimmtes Leben nicht mehr möglich. Den Menschen, den Asylwerberinnen und Asylwerber, denen Asyl zugesprochen wurde, wird dadurch jegliche Perspektive genommen, und sie werden in ein Eck der Hoffnungslosigkeit gedrängt, aus dem ein Entkommen nur mehr schwer möglich ist. Stellen sie sich vor, mit 320 € im Monat zu überleben! Ich persönlich kann mir das nicht wirklich gut vorstellen, mit 320 € für alles auskommen zu müssen. Es ist wichtig, dass sich unsere Solidarität mit Asylwerbern – Asylwerberinnen nicht nur darauf beschränkt mit einem Quartierplatz zur Verfügung zu stellen. Sondern es muss so weit gehen, dass wir ihnen eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Eine aktive Teilhabe durch die auch die immer wieder geforderte Integration sehr leicht möglich wird. Aber nicht nur Asylwerberinnen sollen die Lebensgrundlage entzogen werden. Auch Familien sollen durch eine Deckelung der Mindestsicherung für Familien auf 1.500 € pro Monat angegriffen werden. Die Oö. Landesregierung hat hier eine Resolution an die Bundesregierung gerichtet mit der diese Deckelung gefordert wird. Durch so eine Beschränkung will sich die angespannte Lebensrealität – der angespannte Alltag von Mehrkinderfamilien, von alleinerziehenden Müttern, die mehrere Kinder versorgen müssen, noch weiter verschärfen. Das kann wirklich nicht unser Anliegen sein, das Wohl der Kinder zu gefährden und das Leben und Überleben von Kindern – von Kleinkindern – von Babys durch so eine Beschränkung in Frage zu stellen. Es braucht ausreichend Unterstützung damit ein selbstbestimmtes Leben möglich ist, damit kein-keine Abhängigkeit von Sachleistungen besteht und Familien, Mehrkinderfamilien und Kinder ordentlich groß werden können – ordentlich leben können. Die Kürzungen sind eben eine massive Existenzbedrohung und derer müssen wir uns entgegen stellen. Wir als Gemeinderat können ein Zeichen setzen, eine Resolution ist ein Zeichen, natürlich ich gebe ihnen Recht, Resolutionen haben nicht immer den gewünschten Effekt, dass sie gehört oder gesehen werden, und trotzdem sehe ich es als unsere moralische Verpflichtung, aus einer Menschlichkeit heraus ein Zeichen zu setzen. Ein Zeichen gerade jetzt, wo eine Diskussion herrscht die davon geprägt ist, dass man Asylberechtigte, subsidiär Schutzberechtigte und Familien abschneiden will, und ihnen ein selbstbestimmtes Leben verunmöglichen will. Wir sollten uns gegen eine Politik der Spaltung, auch gegen eine Politik des Runtertretens aussprechen und für sozialen Zusammenhalt und ein Leben in Würde eintreten. Ein Leben in Würde, das für alle Menschen möglich ist und ich glaube das sollte im Interesse von uns allen liegen, dass ein würdiges, ein selbstbestimmtes Leben möglich ist. Deswegen ersuche ich euch alle, diese Resolution an den Oö. Landtag, der heute über die Kürzung der Mindestsicherung im Unterausschuss für Soziales berät, dieser Resolution zuzustimmen und damit ein wichtiges auf öffentlichkeitswirksames Zeichen zu setzen, immerhin ist Steyr die drittgrößte Stadt in Oberösterreich. Sozial, der Wert sozial soll nicht nur ein Lückenbekenntnis sein, sondern wir sollen wirklich alle zu diesem Wert stehen und Armut bekämpfen, und nicht die Armen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut, erste Wortmeldung Kollege Mayrhofer. Oh, Frau Kollegin Frech, haben Sie sich auch gemeldet?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, es ist ganz offensichtlich, dass der Herr Kaltenböck beim letzten Antrag nicht aufgepasst hat, weil da haben wir klipp und klar ja gesagt, in diesem Raum sollen wir Dinge behandeln die uns betreffen, die wir beeinflussen können. Und in den Ausführungen hat der Herr Kaltenböck genau gesagt wo es hingehört, nämlich in den Unteraus-

schuss des Landtages. Dort wird es behandelt, und dort ist auch die Fraktion vertreten vom Herrn Kaltenböck, ich sehe überhaupt keinen Grund warum wir das hier behandeln sollten. Und ich halte es auch nicht für richtig, wenn wir jetzt sagen, ok - geben wir es in irgendeinen Ausschuss oder irgendwo hinein. Ich glaube wir sollten bei dieser Linie bleiben, das hat hier herinnen nichts zu suchen. Und darum sind wir ganz klar dafür, dass dieser Antrag, dass diese Resolution abgelehnt wird.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Kollegin Kattnigg.

GEMEINDERÄTIN EVELYN KATTNIGG, BA(FA),:

Sehr geehrter Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren. Zuerst möchte ich noch das Wort an die Frau Frech richten und an den Herrn Kaltenböck, zum Thema Resolutionen die vielleicht von Steyr, an den Landtag an den Bund gehen, dass die nicht wirken. Also da muss ich ganz klar und deutlich widersprechen, weil der Landtag zahlreiche, ob es jetzt Resolutionen oder Initiativanträge sind, sogar an die EU-Kommission über Bund an die EU-Kommission gerichtet hat. Z.B. Reststoffverwertungsantrag der geprüft wurde und es – wenn sie die Zeitung gelesen haben in den letzten Tagen, ist sogar eine positive Rückmeldung von Jean Claude Juncker an die Klubobfrau der ÖVP gekommen, an die Frau Kirchmayr wo er sich bedankt hat dafür, über den Input des Oö. Landtages. Aber jetzt, das ist ein Antrag – es wirkt sehr wohl wenn etwas weitergeht von der Landesregierung. Jetzt zur Mindestsicherung, es spürt wohl jeder, dass unser Sozialstaat immer mehr in Bedrängnis gerät. Steigende Staatsschulden, schlechte Wirtschaftsdaten, immer mehr Arbeitslose, immer weniger Kinder und ein massiver Zuzug von kultur- und gesellschaftsfremden Migranten, die zu einem überwiegenden Teil in die Mindestsicherung gehen. Nur die Grüne Fraktion liegt den vorliegenden Resolutionsantrag an das Land Oberösterreich, der lautet „Keine Mindestsicherung für anerkannte Flüchtlinge“, und der Resolutionsantrag an den Bund – „Keine Beschränkung der Mindestsicherung für Familien“ sieht die vorher genannte Thematik etwas differenzierter. Ich sage ihnen jetzt ein paar Zahlen, die mir wichtig sind, dass sie die alle, falls sie sie nicht schon wissen, aber die sollten hier herinnen bekannt sein. Die aktuellen Asylwerberzahlen für Österreich – 90.000 im Jahr 2015, Prognosen zu Folge können es bis zu über 100.000 im Jahr 2016 werden, die zwingen die Politik zum Handeln in Österreich. Ich würde dann – Österreich hat hohe Sozialstandards, das wissen wir alle und ich würde genau so handeln, wenn ich ein Flüchtling wäre, dass ich in ein Land, mir ein Land auswählen würde, wo es hohe Sozialstandards gibt, das möchte ich hier in dem Raum auch einmal sagen. Die von den Freiheitlichen geforderten Einschränkungen bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung sind nicht nur als klare Botschaft an Zuwanderungswillige zu verstehen, sondern sind einfach notwendig um das System für unsere Gesellschaft finanzierbar zu halten. Es wurden eben zwei entsprechende Initiativanträge im Jänner von ÖVP und FPÖ in den Landtag gebracht, diese werden derzeit wie ich schon gesagt wurde, in einem Unterausschuss von allen Fraktionen behandelt. Der erste Antrag ist einmal - vorgesehen ist für Mehrpersonenhaushalten eine Deckelung von 1.500 € pro Monat zu machen, das bekommt eine Familie mit drei Kindern, also derzeit bekommt eine Familie mit drei Kindern um die 2.000 €. Zum Vergleich, das Medianeinkommen – Mediandurchschnittseinkommen von männlichen Arbeitnehmern inklusive Arbeitnehmerabsetzbetrag für drei Kinder liegt bei Netto 20.000 € pro Jahr, also deutlich darunter. Weitere Forderungen, Umstellung von Geld auf Sachleistungen im ersten Jahr nach einem Jahr die verpflichtende Reduktion der Geldleistungen um 25 % für arbeitsfähige aber nicht arbeitswillige Personen, sollen zum Anreiz – sollen den Anreiz zum Arbeiten verstärken. Wer die verpflichtenden Deutschkurse und Werteschulungen nicht besucht, muss ebenfalls mit einer Reduzierung der Mindestsicherung rechnen. Es muss am Übergang der Flüchtlinge in den Arbeitsalltag stattfinden und es darf kein Anreiz bestehen die Mindestsicherung langfristig zu beziehen. In einem zweiten Antrag sollen die bestehenden Regelungen für Asylwerber und subsidiär Schutzberechtigte mit befristetem Aufenthaltsrecht nach Vorbild anderer Bundesländer abgeändert werden. und die Leistungen für diese Personengruppe mit der Höhe der Grundversorgung begrenzt werden. Und ich halte das absolut für notwendig um das oberösterreichische Sozialbudget zu entlasten. Wir hatten in den letzten

zehn Jahren einen Anstieg um 80 %. Dann möchte ich noch darauf hinweisen wegen der großen Diskussion zur Reduktion der Mindestsicherung – in Salzburg gibt es z.B. einen grünen Landesrat für Asylwesen und im Burgenland gibt es einen SPÖ Landesrat für Asylwesen und da gibt es bereits gesetzliche Bestimmungen, dass subsidiär Schutzberechtigte lediglich Leistungen in der Höhe der Grundversorgung erhalten. Die Kosten der Mindestsicherung für Personen mit positivem Asylbescheid tragen Land und Gemeinden im Verhältnis 60 zu 40 für drei Jahre. Danach tragen die Gemeinden die Kosten der Mindestsicherung, die im Umlaufverfahren das Geld an die Sozialhilfeverbände verteilen. Dies gilt auch für eine Statutarstadt wie Steyr. Möchte noch ein Beispiel zur Mindestsicherung sagen: eine fünfköpfige Familie in Oberösterreich kann monatlich 1.918,70 € Mindestsicherung beziehen, dafür muss ein Alleinverdiener etwa 2.150 € brutto monatlich verdienen, das ist mehr wie z.B. Personen im Landesdienst in der Funktionslaufbahn 25-17, wie z.B. ein Sekretärin, Erzieher, Sachbearbeiter zu ihrem Arbeitsbeginn verdienen würden. Dann noch ein paar Zahlendaten und Fakten. Für die Kosten – die Kosten für die Mindestsicherung in Oberösterreich hatten sich seit 2011 von 22,8 Millionen Euro auf 38,3 Millionen Euro im Jahr 2014 erhöht. 17.650 Personen haben 2015 Mindestsicherung bezogen, das war eine Anfrage mit Ende Mai 2015, davon 37 % nicht Staatsbürger, 21 % Asylwerber und subsidiär Schutzberechtigte. Dann habe ich noch weiter aktuelle Zahlen bekommen, dass wir mit – von Landesrat Anschöber – dass man mit heutigem Tag 13.800 Asylwerber in 476 Quartieren und in wie vom Herrn Bürgermeister bereits genannt 305 Gemeinden untergebracht haben. Dann gibt es noch eine Anfrage von uns an den Herrn Entholzer vom 12. Jänner 2016. Gesamtkosten Asylberechtigte für Oberösterreich und 2015, 5.835.095 tatsächliche Kosten sind tatsächliche Kosten des Sozialressorts laut Umlageverfahren und 1.053.104 für subsidiär Schutzberechtigte. Ich bin davon überzeugt, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, die in unseren Anträgen geforderten Verschärfungen und Einschränkungen bei der Mindestsicherung werden von der Bevölkerung erwartet. Alles andere wäre eine Diskriminierung, derjenigen die den Sozialtopf über Jahrzehnte gefüllt haben, und gefährden den sozialen Frieden aus meiner Sicht. Es kann nicht sein, dass Bürger und Bürgerinnen die jahrzehntelang gearbeitet haben und niedrigere Einkommen gehabt haben, oder bezogen haben im wohlverdientem Ruhestand, weniger bekommen als Flüchtlinge – Mindestsicherung ohne Arbeitsleistung erhalten. Und Herr Kollege Kaltenböck, zu Ihrer Aussage in ihrem Antrag: wir dürfen die Selbstbestimmung der Menschen nicht einschränken und sie von Sachleistungen abhängig machen. Da sage ich nur dazu: Wir dürfen das sehr wohl, weil diese Menschen bei uns gut versorgt werden und all die Kosten von österreichischen Steuerzahlern gezahlt werden. Da wird es doch noch möglich sein in einer Demokratie für Personen die aus einem Land flüchten, und sich entsprechend dem österreichischen Wertebild integrieren sollen versorgt werden, klare Regeln aufzustellen zum Wohle unseres Landes und für die nächste Generation.

APPLAUS

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas Herr Kaltenböck: Vielleicht sollten sie sich einmal die Zeit nehmen und in den Landtag kommen, bei den Landtagssitzungen zuhören und einmal die Anträge, die dort vorgebracht werden von den Grünen sich anzuhören und sich ein Bild darüber zu machen. Anträge sind da drinnen: Verbesserung Breitbandinternet in den Schulen, Erhöhung des Frauenanteiles bei gesetzlichen Interessenvertretungen, Erhöhung der Förderung für regionale Kultur, Initiativen, mehr Budget für Bekämpfung Alkohol, Nikotin und Drogenmissbrauch. Aber das löst alles unsere Flüchtlingsprobleme nicht. Danke für die Aufmerksamkeit.

APPLAUS

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:
Kollege Freisais, bitte.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Ja werte Kolleginnen und Kollegen. Gleich vorweg ich sehe das auch kritisch wenn wir da jetzt eine Resolution nach der anderen haben, weil wir kommen vom Hundertsten ins Tausendste und wo fangen wir an und wo hören wir auf? Aber nach dem der Antrag schon am Tisch liegt, habe ich mich natürlich auch damit befasst und mich da thematisch hineingearbeitet. Was mich an derer Mindestsicherungskürzung extrem problematisch sehe ist, wir sprechen da von anerkannten Flüchtlingen. Nicht von Menschen die um Asyl ansuchen, sondern wirklich Menschen die das Asylverfahren schon abgeschlossen haben, und da bleiben dürfen. Da sind Wirtschaftsflüchtlinge, oder wenn man es auch so nennen will Betrüger, schon längst aussortiert, wir reden da wirklich von Menschen die da sein dürfen, und die sind rechtlich einem Österreicher gleichgestellt. Also ich sehe das verfassungsrechtlich sehr problematisch die Kürzung.....

Unverständlicher Zwischenruf von Stadtrat Gunter Mayrhofer

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Wie gesagt, ich sehe das verfassungsrechtlich problematisch und das halt wird sich zeigen, Fakt ist jedenfalls mit 320 € im Monat kann keiner seinen Unterhalt bestreiten. Da kriegt man im besten Fall irgendwo eine Studentenwohnung in Linz und hat noch keine einzige Mahlzeit konsumiert. Und auch wenn man sich die Zahlen ansieht, das Budget wird durch die Mindestsicherung in einem Ausmaß von ca. 0,8 % belastet, 0,8 % und davon geht nur ein Bruchteil an anerkannte Flüchtlinge. Also dass man da von einer Verschwendung von einem kippen des Sozialsystems sprechen kann, da sind wir weit davon entfernt. Und im Gegenteil, wir produzieren mit solchen Maßnahmen dass die Schere „Arm-Reich“ weit auseinander geht. Wir zwingen teilweise die Leute dazu, dass sie in die Kriminalität abrutschen, dass sie obdachlos werden, dass sie keine Perspektiven haben und wir bereiten mit solchen Maßnahmen den Nährboden für Terrorismus, siehe Belgien zum Beispiel und für extremistische Ideologien. Und deswegen spreche ich mich für den Antrag aus, weil ich es für wichtig empfinde, dass am Mensch – menschenwürdige Mindestversorgung gewährt wird. Ganz gleich ob das jetzt ein Syrer ist oder ein Österreicher. Danke.

APPLAUS!!

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Kollege Schodermayr, bitte.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ja liebe Gäste, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Presse, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und Stadtsenat, hohe Beamtenschaft, geschätztes Präsidium. Zuerst einmal möchte ich mich bedanken beim Matthias, dass er das Thema auf den Tisch gebracht hat. Nicht ganz einverstanden bin ich mit dem Rahmen der Resolution quasi, also diesen Rahmen zu benützen. Ich werden dann auch kurz ausführen warum, bitte mich auch abzukürzen wenn ich zu lange werde, aber das ist ein Materie in der ich mich wirklich austoben möchte, möchte speziell es ist mir wirklich ein Herzensanliegen. Mindestsicherung, es wird niemanden wundern, dass ich natürlich dafür bin, die in keinster Weise zu kürzen, zu deckeln oder sonst etwas zu tun. Aber wenn man sich den gesetzlichen Auftrag der in diesem Gesetz festgeschrieben ist anschaut, dann dient die bedarfsorientierte Mindestsicherung und das Wort „bedarfsorientiert“ heißt ja auch schon etwas. Ziele sind Armut und soziale Ausgrenzung zu vermeiden bzw. zu bekämpfen. Und der zweite Punkt, der wird auch wissentlich immer wieder nicht beachtet und auch nicht dazu gesagt, ist die Unterstützung beim Einstieg bzw. Wiedereinstieg in das Arbeitsleben und diese ist per Gesetz verbunden mit einer Verpflichtung zum aktiven Mittun des oder der Betroffenen. Wie schon beim Vordner gesagt, ich darf mich bedanken dafür worüber wir diskutieren sind 0,7 meine Quelle sagt 0,7 möge es 0,8 sein, vielleicht sind es nächstes Jahr 0,9 % des Sozialbudgets in Österreich. Das heißt wir tun nicht über Riesenbrocken, das ist viel Geld da gebe ich jeden Recht der die Absolutzahlen dann dahinter legt, aber es ist nicht der Bereich wo man so wahnsinnig viel einsparen kann, das kann man sicher nicht. Was ich auch noch etwas pointiert for-

muliert bringen möchte ist, ich weiß nicht ob das allgemein bekannt oder jedem so bewusst ist, wir schicken mit dem Mindestsicherungsgesetz per Gesetz genau diese Menschen in die Armut. Nämlich unter die Armutsgrenze, ich weiß nicht ob das jedem geläufig ist, Armutsgrenzbereich berechnet man mit 60 % des Medianeinkommen und also was kleiner gleich 60 % des Medianeinkommens ist. Das sind für Einzelpersonen wenn man es zwölfmal im Jahr rechnet, und so oft bekommt man auch Mindestsicherung, da muss man diese Zahl hernehmen exakt derzeit 1.061 €, der Höchstsatz für eine Einzelperson in der Mindestsicherung ist 914 € derzeit. Und was ich noch vorausschicken möchte ist, dass in der Argumentation gegen die Mindestsicherung größtenteils entweder mit statistischen Ausreißern gearbeitet wird mit Neidreflexen oder eben einfach mit Polemik. Ich möchte jetzt aus Steyr die Zahlen bringen nur dass wir wissen wovon wir hier reden und ich bin da – da möchte ich dem Kollegen Mayrhofer nur zum Teil Recht geben. Sie haben gesagt das ist eine Landessache, das gehört dort hin, herumsitzen und zahlen tun es wir hier. Und da möchte ich sehr wohl dass es bei uns und hier auch behandelt wird und besprochen wird. Gerade deswegen, gerade deswegen weil so viel Blödsinn geredet wird – so viel Blödsinn geredet wird in dem Bereich und ich Summen genannt bekommen habe was die Leute sich da nicht unter dem Nagel reißen für das sogenannte und das sage ich jetzt wirklich „für das sogenannte nichts tun“! Wir haben jetzt mit Stand 2016 also Jänner 2016 das sind wirklich die aktuellen Zahlen die wir haben, 1.528 Mindestsicherungsbezieher in Steyr, Geschlechter getrennt 56 % weiblich auch das ist zu diskutieren, die Hintergründe sind denke ich mir jedem bekannt, männlich 44 %. Die Herkunft die ja immer wieder beschworen wird, es sind an die 70 % österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger und 30-31 % ausländische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Und da möchte ich auch gleich dazu sagen, interessanterweise ist genau diese Zahl seit neun Monaten konstant. Trotz Flüchtlingsandrang jetzt kommt die Argumentation – ja die kommen ja erst. Wir haben eine sehr hohe und im Moment auch inzwischen schnelle Anerkennungsrate. Also wir müssten schon ziemlich etwas spüren von dieser „Belastung“ des Budgets durch die Flüchtlinge. Wir haben uns die Flüchtlinge heraus gerechnet incl. subsidiär Schutzberechtigte, weil die sind sozusagen in der Behandlung gleichgesetzt sind. Das waren im Sommer 2015 also vor Beginn dieser großen Herausforderung die da auf uns zugekommen ist waren es 205, jetzt sind es 221. Also auch hier haben wir nicht die Explosion die immer beschworen wird und wurde oder fälschlicherweise so dargestellt wird. Wir haben von der Altersstruktur der Bezieher auch das ist nicht uninteressant von den 1.528 Mindestsicherungsbeziehern haben wir 527 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Wir haben 1001 Erwachsene jetzt möchte ich nicht die Altersstruktur aufzählen das ist in Wahrheit nicht so wirklich interessant. Wieder mehr interessant ist die Einkommensstruktur der Bezieher. Weil nämlich und das wurde auch in den Medien in den letzten Tagen immer wieder gespielt. Immer gerechnet wird mit der Höchstsumme die man quasi erreichen könnte. Das heißt man nimmt die Bezieher und multipliziert sie mit der höchstmöglichen Mindestsicherungszuerkennung und dann kommt eine riesen Summer heraus. Nur ist es in der Realität so, wir haben sage und schreibe 26 % der Mindestsicherungsbezieher die die volle Taxe bekommen weil sie eben nichts und gar kein Einkommen haben. Wir haben 46 % dieser Bezieher als AMS-Bezieher, die so wenig AMS-Bezug haben dass sie aufbezahlt werden auf die Grenze der Mindestsicherung. Wir haben und das ist eine Gruppe auf die mag ich immer wieder hinweisen da sie mir als Sozialverantwortlicher in dieser Stadt wirklich Sorgen bereitet, das ist ein dramatisch steigende Anzahl an sogenannten Working-poor, das heißt –Menschen in einem Arbeitsverhältnis- meistens Teilzeit, meistens prekäres Arbeitsverhältnis, die so wenig verdienen, dass sie eine Aufzahlung, dass ihnen eine Aufzahlung auf die Mindestsicherungsgrenze zusteht. Dann haben wir noch 8 % Kinderbetreuungsgeld, 6 % eine Art Waisenspension das sind so kleinere Gruppen. Also man sieht die Herausforderung in dieser – in dieser Beziehergruppe sind bei Gott nicht die Flüchtlinge. Wie wohl ich den Gesamtaufwand schon sensationell finde den die Stadt Steyr leistet, der ist nämlich im Jahr 2015 gewesen 4.160.000 €, also eine staatliche Anzahl. Um es gleich, um ihnen gleich die Frage und auch die Antwort vorwegzunehmen. Der Anteil für Flüchtlinge für anerkannte Flüchtlinge bzw. subsidiär Schutzberechtigte beträgt ca. 500.000 €. Auch nicht schmal, aber dividiert durch die 221 und jetzt mache ich ein statistisches Mittel bekommen diese Menschen im Monat im Schnitt 188 Komma ein paar Zerquetschte wenn ich es mir richtig heraus dividiert habe. Also

unter 200 €, bei weitem nicht den Höchstsatz der immer dargestellt wird. Weil zuerst angedeutet wurde, das bietet alles keinen Anreiz im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, und es wäre so etwas wie eine soziale Hängematte, wir haben Zahlen und die sind österreichweit die Daten jetzt, die habe ich wirklich nur österreichweit und nicht heraus gerechnet von der Stadt, aber da werden wir nicht viel anders liegen. Die durchschnittliche Verweildauer in der Mindestsicherung beträgt 6-9 Monate, 6 -9 Monate und 20 % der Bezieher sind unter 3 Monate. In der Mindestsicherung von sozialer Hängematte sehe ich da in der Form weit und breit nichts. Und jetzt auch eine-zwei österreichweite Zahlen noch zum Abschluss um die Diskussion zu versachlichen. Die Leistungen pro Haushalt im Durchschnitt – im Durchschnitt betragen sage und schreibe 604 €, weit entfernt – weit entfernt von der höchstmöglichen Leistung für eine Person, ist der Familiendurchschnitt und was vielleicht auch noch interessant ist, weil es gibt natürlich gerade im Zuwanderungsbereich Familien mit vielen Kindern. Der Durchschnitt bei Familien über 4 Kindern beträgt österreichweit 1.106 € Bezug pro Monat zwölfmal im Jahr jeweils, weil vierzehnmal gibt es ja nicht in dem Bereich. Also so viel ein bisschen zur Versachlichung dass man nicht immer mit diesen Höchstgrenzen arbeiten muss. Was uns Sorgen macht ist ein sehr hoher Anteil an jungen Beziehern, das sind, ist ein Bildungsproblem hier zeigt sich wieder das Bildungspolitik der wesentlichste Teil einer guten Sozialpolitik ist. Schlecht ausgebildete junge Menschen finden keine Arbeit, fallen ziemlich schnell in die Mindestsicherung und dieser Anteil steigt uns an, das Andere habe ich schon gesagt. Alleinerzieherinnen die unterm Minimum verdienen, sind ein Problem und steigen an, diese Working-poor und auch ein hoher Anteil von AMS-Beziehern die eine Aufzahlung brauchen. Ich stelle jetzt, das habe ich noch nie gemacht darum muss ich das herunter lesen, gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat einen Geschäftsordnungsantrag, nämlich diese Thematik diesen Punkt dem Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Jugend- und Integration zuzuweisen mit der Begründung, ich mag es durchaus auch dazusagen, ich kann mich mit vielen identifizieren, mit fast allem was der Matthias hinein geschrieben hat, wirklich mit fast allem. Mir ist es nur zu kurz gefasst, also ich hätte es gerne weitergefasst und weiterdiskutiert und ich hätte es nicht gern in irgendeiner Rundablage eines weiß ich nicht, Landes – irgendwas-Stelle oder Bundesstelle verloren diesen Antrag sondern ich möchte die Thematik wirklich am Tisch lassen, am Tisch zu halten und würde das dort gerne ausführlich diskutieren. Weil es nämlich noch zusätzlich Herausforderungen gibt, nicht nur das wir ein Geld brauchen sondern was ich sehe ist eine ziemlich ungerechte Verteilung der Belastungen ländlicher-städtischer Raum, Ballungszentren. Es ist irrsinnig man kann diese Kaskade, der ansteigenden Bedarf für Richtung Wien kann man gut darstellen, also das geht massiv hinauf je größer die Stadt wird. Was ich noch möchte und auch diskutieren möchte ist was überhaupt nicht – ich meine ich weiß nicht ich bin schon ein bisschen förderalistisch auch denkend aber ein Förderalismus bei der Mindestsicherung finde ich schräg. Also dass man in Tirol was anderes bekommt wie in der Steiermark und bei uns noch einmal was anderes bekommt, weil jeweils andere Bestandteile angerechnet oder nicht angerechnet werden, das hat nur mehr-das ist nur mehr historisch zu begründen, weil dieses Gesetz so entstanden ist dass es ein Verschlechterungsverbot gegeben hat. Das heißt die Sozialhilfeempfänger haben nicht weniger bekommen dürfen, aber jetzt sollte die Zeit soweit sein, dass man das vereinheitlichen dann hört sich auch der auch immer wieder beschworene aber nicht wirklich stattfindende Sozialtourismus auf bzw. die Argumentation. Die Grundlage, das würde ich gerne hineintun und dann wäre mir sehr daran gelegen als sozialpolitisch denkender Mensch, dass wir diese Thematik, dass wir Ehrlichkeit in diese in diese Diskussion hineinbringen, weil es in diesen Diskussionen viele Kräfte gibt, die versuchen über das Thema Flüchtlinge die Mindestsicherung insgesamt in Frage zu stellen als Instrument. Und meine tiefe Überzeugung ist, dass das eine der größten sozialpolitische Errungenschaften der letzten Jahrzehnte ist, dass es diese Mindestsicherung gibt. Deswegen stelle ich meinen Antrag, so wie ich ihn gestellt habe und bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut der Antrag zur Geschäftsordnung wurde gehört. Und es geht sozusagen darum diesen Antrag dem Sozialausschuss zuzuweisen. Jetzt hat jede Fraktion natürlich die Möglichkeit zum Geschäftsordnungsantrag, nicht inhaltlich hier, sondern zum Geschäftsordnungsantrag

Stellung zu nehmen. Wünscht jemand das Wort dazu? Wenn der Gemeinderat zustimmt, aber an und für sich ist, sie haben sich vorher noch zu Wort gemeldet. ...Allgemeine Zwischenrufe...ja also bitte Frau Kollegin Frech. Wir stimmen alle zu und würden gerne ihr..... Soll niemand sozusagen des Wortes geschnitten werden.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Ja wir haben jetzt sehr viel an Zahlen gehört. Was mir in dem Zusammenhang sehr wichtig ist, in dem Antrag der Grünen ist sehr viel die Rede von Integration, aktiver Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und Integration selbstbestimmtes Leben etc., dem kann ich nur zustimmen. Ich halte aber und gerade wenn es um dieses Thema geht eines für ganz, ganz wichtig. Das Thema Arbeit und Arbeitsplatz, weil ein selbstbestimmtes Leben hängt auch sehr stark damit zusammen dass ich einen Arbeitsplatz habe, Integration hängt sehr viel zusammen mit Arbeitsplatz, es passiert sehr viele positive Integration am Arbeitsplatz. Es gibt viele Mitarbeiter im Unternehmen wo Asylberechtigte dann arbeiten, die hier unterstützend eingreifen. Bildung ist ein wichtiger Faktor, das heißt was soll man sich überlegen und ich denke mir da gibt es viele. Wo man nicht in Richtung Bund und Land wo wir wenig ausrichten können, agieren können, sondern in Steyr sich auch konkret zu überlegen, wie schaffen wir es, jenen einen bestmöglichen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen durch Bildungsmaßnahmen-Schulungsmaßnahmen, durch Kooperationen mit der Wirtschaft mit dem Arbeitsmarktservice etc. damit möglichst viele Menschen einer Arbeit nachgehen können, einer für sie befriedigenden Arbeit nachgehen können und nicht „ zu Hause sitzen müssen“ weil das ist auch nichts was den Bedürfnissen der Menschen entspricht. Und wenn es in diesen Sozialausschuss gehen sollte, dann würde ich mir sehr stark auch wünschen diese Thematik anzusprechen Integration-Arbeit denke ich mir ist ein ganz zentrales Thema. Und wenn man das in den Sozialausschuss gibt, dann wäre ich dort wo wir schon lange sind. Michael, du kennst meine Forderung seit sehr vielen Jahren, ich glaube es sind schon seit Jahrzehnten. Dann auch das Thema wieder anzugehen eines Aktivpasses, der es den Menschen ermöglicht in Steyr die auch ein geringes Einkommen haben, egal ob sie jetzt Asylberechtigte sind, Asylwerber oder wie auch immer, dass sie auch wenn sie kein großes Einkommen haben am aktiven Leben teilhaben. Dass sie die Möglichkeit haben Einrichtungen der Stadt zu nutzen, dass sie mit dem öffentlichen Verkehr günstiger oder kostenlos fahren können. In Linz gibt es das schon sehr, sehr lange, und bei uns denke ich mir wäre das ein wichtiges Instrument, dass wir endlich umsetzen sollen um genau das zu erreichen was du zuerst auch gesagt hast.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Also der Kollege Schodermayr hat mich gebeten dass er nochmal kurz jetzt da etwas zur Sache sagen darf. Aber für mich ist es schon immer sehr interessant dass kaum erteilt man jemanden das Wort sozusagen, dann der Antrag plötzlich zum Meegeantrag wird, oder zur Diskussion, weil man verpackt nur alles das hinein was man nicht gehört hat, auch noch als zusätzliche Forderung. Aber man kann ja das dann vielleicht in dem Ausschuss diskutieren wenn man sie ihm zuweisen würde. Bitte.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

...Stimmung erzeugen in dem ich dir, erstens gebe ich dir Recht inhaltlich jetzt und möchte aber auch sagen, dass das schon jetzt wirklich „just in the moment“ sehr viel passiert ja – sehr viel passiert. Es gibt diese Deutschkursgelder für Asylwerber, die hat es bisher nicht gegeben, da gibt es diese Million vom Land die aufgeteilt wird, die wir auch jetzt beanspruchen wo die Kurse zu laufen beginnen. Es gibt Hauptschulabschlusskurse, es gibt Qualifikationskurse, es gibt Kompetenzchecks jetzt über das AMS. Ich war vorgestern mit dem Hubert Kreindl zusammen, wir haben ein Metallarbeiterlehrlingsausbildungsprogramm besprochen, da passiert jetzt ganz-ganz viel. Das was jetzt so ein Stück auch meine Aufgabe wird, und da habe ich Gott sei Dank jetzt wenn in der Zukunft herinnen da, der für mich operativ ein bisschen diese Arbeit macht und quasi die Anlaufstelle wird koordinieren müssen wir das noch. Es gibt wahnsinnig viel schon, und ich bin guter Dinge das genau das passiert.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Danke für diese Informationen, jetzt noch einmal zum Geschäftsordnungsantrag. Gibt es dazu eine Wortmeldung von jemanden? Bitte Herr Kollege Pichler.

GEMEINDERAT UWE PICHLER:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Ich verstehe die Zuweisung und den Geschäftsordnungsantrag nicht warum der jetzt kommt. Hat das vielleicht den Grund dass wir jetzt zu der Resolution von Seiten der SPÖ nicht offen stehen will, wie man abstimmt. Ich glaube wenn das Thema, und das Thema ist wichtig, aber das Thema kann auch von dem Vorsitzenden auf die Tagesordnung vom Sozialausschuss gesetzt werden. Und ich glaube nicht, und ich spreche da auch für meine Fraktion, dass wir dem zustimmen werden dass wir den Antrag also die Resolution jetzt an den Sozialausschuss verweisen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Steht ihnen unbenommen frei. Bitte sehr Herr Kollege Kaltenböck.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Natürlich bin ich nicht besonders glücklich mit der Zuweisung des Antrages an den Sozialausschusses, weil es natürlich eh immer möglich ist, dass man solche Dinge im Sozialausschuss auch bespricht. Aber weil ich nicht will, dass dieses Thema jetzt abgedreht wird und dass wir überhaupt keine Position da herinnen findet, werden wir als Grüne diesem Geschäftsordnungsantrag zustimmen. Auch wenn ich es allgemein schade finde, dass sich ja die SPÖ hier herinnen nicht ganz zu einer klaren Position bekennen will - scheinbar. Mir wäre es sehr recht gewesen um mit der ...allgemeine Zwischenrufe...im Plenum sozusagen nicht nur auf dich bezogen sondern auf alle Mandatäre und Mandatarinnen bezogen, das hätte ich sehr schön gefunden und als sehr wichtiges Zeichen erachtet. Aber ich werde trotzdem, oder wir werden trotzdem dem Geschäftsordnungsantrag zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Dankeschön, also das der Herr Kollege Schodermayr nicht klar Stellung bezogen hat für was er steht, also das halte ich ein bisschen für sehr problematisch wenn das so ausgedrückt wird. Ja kühn, ich wollte das nur sagen. Das ist sehr kühn wenn sie behaupten dass die SPÖ nicht weiß was sie will. Gibt es noch eine weitere Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall.

Dann stelle ich den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung. Wer für die Zuweisung an den „Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Jugend, Gesundheit und Integration“ Sozialausschuss ist bzw. im Protokoll den richtigen Ausschussname dann verwenden für Gesundheit, Soziales- und Integration, wenn ich das richtig jetzt noch einmal interpretiert habe, der möge ein Zeichen mit der Hand geben bitte sehr. Hab ihr gezählt? Gut, wer ist dagegen? 13 wenn ich richtig gezählt habe oder? 14 Gegenstimmen, bitte

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Hast in Heli nicht mitgezählt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Ich sitze auch noch da.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

10 F

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ja und? Ja eben, sage ich ja. Ich habe 14 gezählt, ich wollte mit mir gerade diskutieren ob es 15 waren. Wer enthält sich der Stimme? Eine Stimmenthaltung. So damit ist der Antrag zugewiesen. Somit ist die Tagesordnung die den Herrn Bürgermeister betrifft erschöpft und ich gebe das Wort zurück.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde mit Mehrheit an den Sozialausschuss zugewiesen.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **18**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner,)

GRÜNE 3 – (GR Matthias Kaltenböck GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **14**

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRin Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ Evelyn Kattnigg, BA (FH), GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 4 (GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, GR Dr. Markus Spöck MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

Stimmenhaltungen: **1**

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 1 – (GRin MMAG. Michaela Frech)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Übernehme den Vorsitz, bedanke mich und ersuche Herrn Vizebürgermeister Willi Hauser um seine Tagesordnungspunkte mit dem zusätzlichen Ersuchen sich in der – im Vortrag möglichst kurz zu halten weil die Amtsberichte vorliegen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

12) FW-1/16

Antrag auf Verleihung der „Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr“ an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ja, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertes Präsidium, geschätzte Gäste. Mein erster Antrag beschäftigt sich mit der Verleihung der Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr an Angehörige der Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr. Hier im Amtsbericht ist die Liste für jene Personen die hier geehrt werden sollen vorhanden. Ich ersuche dem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Dem Antrag auf Verleihung der "Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr" an die im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 11.01.2016 genannten Personen wird zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wünscht dazu jemand das Wort? Das sehe ich nicht. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist auch nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

13) GHJ2-4/16 Erste Etappe Akustikdecken – NMS Ennsleite.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Der nächste befasst sich mit der ersten Etappe Akustikdecken in der NMS Ennsleite. Hier sind die Angebotssummen aufgelistet. Es geht um eine Gesamtsumme von 40.300 € und ich ersuche dem Antrag die Zustimmung zu geben.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 05.01.2016 wird den Auftragsvergaben für die erste von zwei Etappen der Akustikdecken in der NMS Ennsleite, Otto Glöckel Straße 6, an die

	exkl. USt.	inkl. USt.
Fa. Grinninger, Steyr – Akustikdecken	€ 31.689,90	€ 38.027,88
Kommunalbetriebe Steyr – Möbeltransport	€ 1.872,00	€ 2.246,40

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahme wird

der Mittelfreigabe von

€ 40.300,00 inkl. USt. (vierzigtausenddreihundert)
bei der VA-Stelle 5/212000/010000
(Neue Mittelschule – Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 37.500,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das ist der erste von vielen jetzt in der Reihe kommenden Anträgen der auf unser Sonderbudget für die Schulausstattung zurückzuführen ist, und wenn sie die Amtsberichte gelesen haben, werden sie sehen, dass großteils Steyrer Firmen, Gewerbetreibende zum Zug kommen, was uns alle sehr freut. Wer für diesen Antrag ist, für den ersten einer Reihe, den ersuche ich ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Übt Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 5

GR Mag. Kurt Prack

GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner

GR Rudolf Schröder

GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd

GRⁱⁿ Silvia Thurner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

14) GHJ2-14/12 Fünfte Etappe Behebung der Mängel der Elektroinstallationen sowie Erneuerung der Beleuchtungskörper – NMS Ennsleite.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Nächster Punkt. Fünfte Etappe Behebung der Mängel der Elektroinstallationen sowie der Erneuerung der Beleuchtungskörper – NMS Ennsleite. Auch hier liegen die dementsprechenden Angebote vor, und es geht um eine Gesamtsumme von 71.800 €. Ich ersuche um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 05.01.2016 wird den Auftragsvergaben für die fünfte Etappe der Mängelbehebung der Elektroinstallationen sowie für die Erneuerung der Beleuchtungskörper der NMS Ennsleite, Glöckelstraße 4-6, an die

	exkl. USt.	inkl. USt.
Fa. Lamplmayr, Steyr – Elektroinstallationsarbeiten	€ 58.169,18	€ 69.803,02
- davon Unvorhergesehenes € 1.746,65 exkl. USt. (€ 2.095,98 inkl. USt.)		
Fa. Huber, Steyr – Malerausbesserungsarbeiten	€ 1.605,09	€ 1.926,11
- davon Unvorhergesehenes € 48,20 exkl. USt. (€ 57,84 inkl. USt.)		

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird

der Mittelfreigabe von

€ 71.800,00 inkl. USt. (einundsiebzigtausendachthundert)
bei der VA-Stelle 5/212000/010000
(Neue Mittelschule – Gebäude)

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Ich sehe auch keine gegenteilige Auffassung. Keine Stimmenthaltung. Somit wurde dieser Antrag auch einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **6**

GR Mag. Kurt Prack

StR Mag. Reinhard Kaufmann

GRin Helga Feller-Höller

GR Rudolf Schröder

GRin Birgit Schörkhuber, BEd

GRin Silvia Thurner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

15) GHJ2-13/15 **Zweite Etappe Sanierung der Klassenräume – NMS Tabor.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Mein nächster Antrag befasst sich mit der zweiten Etappe der Sanierung der Klassenräume in der NMS Tabor. Hier ist es ebenso, dass also die einzelnen Angebote vorliegen und es geht um 44.400 €. Ich ersuche auch hier um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 14.01.2016 wird den Auftragsvergaben für die zweite und letzte Etappe der Sanierung der Klassenräume der NMS Tabor, Taschelried 1, an die

	exkl. USt.	inkl. USt.
Fa. Malerei & Fassaden, Steyr – Malerarbeiten	€ 15.417,03	€ 18.500,44
- davon Unvorhergesehenes € 462,93 exkl. USt. (€ 555,52 inkl. USt.)		
Fa. Hametner, Steyr – Bodenlegerarbeiten	€ 9.012,77	€ 10.815,32
- davon Unvorhergesehenes € 270,63 exkl. USt. (€ 324,76 inkl. USt.)		
Fa. Baumgartner, Linz – Vorhänge	€ 5.463,14	€ 6.555,77
Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein – Mehrzweckschränke	€ 5.241,43	€ 6.289,72
Kommunalbetriebe Steyr – Möbeltransport	€ 1.872,00	€ 2.246,40

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird

der Mittelfreigabe von

€ 44.400,00 inkl. USt. (vierundvierzigtausendvierhundert)
bei der VA-Stelle 5/212000/010000
(Neue Mittelschule – Gebäude)

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ist jemand gegen diesen Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 7

GR Mag. Kurt Prack

StR Mag. Reinhard Kaufmann

GR Ing. Thomas Schurz

GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner

GR Rudolf Schröder

GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd

GRⁱⁿ Silvia Thurner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

16) GHJ2-12/15 **Zweite Etappe Malerarbeiten – NMS Punzerstraße.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Nächster. Zweite Etappe Malerarbeiten in der NMS Punzerstraße. Hier geht es ebenfalls nach den Anboten und es geht um eine Gesamtsumme von 24.800 €. Ich ersuche auch hier um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 05.01.2016 wird den Auftragsvergaben für die zweite und letzte Etappe der Malerarbeiten der NMS Punzerstraße, Punzerstraße 73 -75, an die

	exkl. USt.	inkl. USt.
Fa. Huber, Steyr – Malerarbeiten	€ 18.440,12	€ 22.128,14
- davon Unvorhergesehenes € 553,70 exkl. USt. (€ 664,44 inkl. USt.)		
Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein – Korkstecktafeln	€ 2.155,15	€ 2.586,18

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird

der Mittelfreigabe von

€ 24.800,00 inkl. USt. (vierundzwanzigtausendachthundert)
bei der VA-Stelle 5/212000/010000
(Neue Mittelschule – Gebäude)

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 7

GR Mag. Kurt Prack

StR Mag. Reinhard Kaufmann

GR Ing. Thomas Schurz

GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner

GR Rudolf Schröder

GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd

GRⁱⁿ Silvia Thurner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

17) GHJ2-10/16 Schaffung von Kleinkindergruppen und einem Bewegungsraum Kindergarten Grandyplatz.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Der nächst Antrag befasst sich mit der Schaffung von Kleinkindergruppen und einem Bewegungsraum im Kindergarten Grandyplatz. Hier sind wir sozusagen ja aufgefordert worden Änderungen herbeizuführen. Und es gibt hier eine große Anzahl von Anbietern der einzelnen Gewerbe. Sie sind aufgelistet, es geht um die Gesamtsumme von 209.100 €. Ich ersuche auch hier um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 01.02.2016 wird den Auftragsvergaben für die Schaffung von Kleinkindergruppen und einem Bewegungsraum im Kindergarten Grandyplatz, Prof. Erich Grandyplatz 4a, an die

	exkl. USt.	inkl. USt.
Fa. META TEC, Ternberg – Wintergartenkonstruktion und Eingangsportale	€ 43.171,11	€ 51.805,33
- davon Unvorhergesehenes	€ 1.296,30 exkl. USt. (€ 1.555,56 inkl. USt.)	
Fa. Lamplmayr, Steyr – Elektroinstallation	€ 26.550,71	€ 31.860,85
- davon Unvorhergesehenes	€ 797,24 exkl. USt. (€ 956,69 inkl. USt.)	
Fa. Lang & Menhofer, Steyr – Baumeisterarbeiten	€ 26.124,25	€ 31.349,10
- davon Unvorhergesehenes	€ 784,43 exkl. USt. (€ 941,32 inkl. USt.)	
Fa. Malerei & Fassaden, Steyr – Malerarbeiten	€ 22.926,35	€ 27.511,62
- davon Unvorhergesehenes	€ 688,41 exkl. USt. (€ 826,09 inkl. USt.)	
Fa. Klausriegler, Steyr – Installationsarbeiten	€ 17.120,14	€ 20.544,17
- davon Unvorhergesehenes	€ 514,07 exkl. USt. (€ 616,88 inkl. USt.)	
Fa. Hametner, Steyr – Bodenlegerarbeiten	€ 16.987,70	€ 20.385,24
- davon Unvorhergesehenes	€ 510,09 exkl. USt. (€ 612,11 inkl. USt.)	
Fa. Schweiger – Sport, Wartberg – Prallschutz	€ 11.019,98	€ 13.223,98

Fa. Grinninger, Steyr – Akustikdecken	€ 11.179,92	€ 13.415,91
- davon Unvorhergesehenes € 335,70 exkl. USt. (€ 402,84 inkl. USt.)		
Fa. Staudinger, Steyr – Tischlerarbeiten	€ 6.720,45	€ 8.064,54
- davon Unvorhergesehenes € 201,80 exkl. USt. (€ 242,16 inkl. USt.)		
Fa. Resch, Aigen-Schlägl – Mobiliar	€ 5.900,88	€ 7.081,06
Fa. Leutgeb, Steyr – Fliesenlegerarbeiten	€ 5.895,08	€ 7.074,10
- davon Unvorhergesehenes € 177,01 exkl. USt. (€ 212,41 inkl. USt.)		
Kommunalbetriebe Steyr – Möbeltransport	€ 3.744,00	€ 4.492,80
Fa. REFORM, Steyr – Erneuerung Fenster	€ 3.138,92	€ 3.766,70
Fa. WEKU, Wartberg – Absorber – Stoff – Elemente	€ 3.086,06	€ 3.703,27
Fa. FAATZ, Steyr – Spenglerarbeiten	€ 2.224,60	€ 2.669,52
- davon Unvorhergesehenes € 66,80 exkl. USt. (€ 80,16 inkl. USt.)		
Fa. Staudinger, Steyr – WC Trennwände	€ 2.004,99	€ 2.405,99
Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein – Korkstecktafeln	€ 745,60	€ 894,72
Fa. INNO-GLAS, Dietach – Verglasung	€ 392,85	€ 471,42
Fa. Zehethofer, Steyr – Vorhangschienen	€ 150,45	€ 180,54

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird

der Mittelfreigabe von

€ 209.100,00 exkl. USt. (zweihundertneuntausendeinhundert)
bei der VA-Stelle 5/240000/010300
(Kindergärten – Gebäude)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 209.100,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ein gewaltiger Betrag 209.000 €, fließt aber direkt in die heimische Wirtschaft. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **7**

GR Mag. Kurt Prack

StR Mag. Reinhard Kaufmann

GR Ing. Thomas Schurz

GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner

GR Rudolf Schröder

GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd

GRⁱⁿ Silvia Thurner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**18) GHJ2-15/13 Vierte Etappe Behebung der Mängel der Elektroinstallationen
sowie Erneuerung der Beleuchtungskörper – NMS und NMMS
Promenade.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Nächster Antrag. Vierte Etappe der Behebung der Mängel der Elektroinstallationen sowie Erneuerung der Beleuchtungskörper in den beiden NMS Promenade. Und da geht es um eine Gesamtsumme von 93.600 €. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Für die vierte von sechs Etappen der Mängelbehebung der Elektroinstallationen sowie der Erneuerung der Beleuchtungskörper der NMS und NMMS Promenade, Promenade 16, werden entsprechend der Darstellung im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 11.02.2016 den Auftragsvergaben an die

	exkl. USt.	inkl. USt.
Fa. Mitterhuemer, Steyr – Elektroinstallationsarbeiten	€ 61.007,10	€ 73.208,52
Unvorhergesehenes € 1.830,21 exkl. USt. bzw. € 2.196,25 inkl. USt.		
Fa. Malerei & Fassaden, Steyr – Malerarbeiten	€ 16.981,12	€ 20.377,34
Unvorhergesehenes € 509,43 exkl. USt. bzw. € 611,32 inkl. USt.		

sowie dem Betrag für Unvorhergesehenes von € 2.339,64 exkl. USt. bzw. € 2.807,57 inkl. USt.

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird unter Berücksichtigung des eingeräumten Skontos

der Mittelfreigabe von

€ 93.600,00 inkl. USt. (dreiundneunzigtausendsechshundert)
bei der VA-Stelle 5/212000/010000
(Neue Mittelschule – Gebäude)

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 7

GR Mag. Kurt Prack
StR Mag. Reinhard Kaufmann
GR Ing. Thomas Schurz
GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner
GR Rudolf Schröder
GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd

GRⁱⁿ Silvia Thurner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

19) GHJ2-15/15 Zweite Etappe Sanierung der Klassenräume – NMS und NMMS Promenade.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Nächster Antrag. Zweite Etappe Sanierung der Klassenräume ebenso in den beiden NMS auf der Promenade. Hier geht es um die Gesamtsumme von 81.100 €. Ich ersuche um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Für die zweite von vier Etappen der Sanierung der Klassenräume der NMS und NMMS Promenade, Promenade 16, werden entsprechend der Darstellung im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 11.02.2016 den Auftragsvergaben an die

	exkl. USt.	inkl. USt.
Fa. Huber, Steyr – Malerarbeiten	€ 30.015,80	€ 36.018,96
Unvorhergesehenes € 900,47 exkl. USt. bzw. € 1.080,56 inkl. USt.		
Fa. FBS, Wolfers – Parkettboden schleifen	€ 15.567,02	€ 18.680,42
Unvorhergesehenes € 467,01 exkl. USt. bzw. € 560,41 inkl. USt.		
Fa. Klausriegler, Steyr – Erneuerung Heizkörper	€ 11.927,65	€ 14.313,18
Fa. Grinninger, Steyr – Akustikdecke	€ 8.037,60	€ 9.645,12
Unvorhergesehenes € 241,13 exkl. USt. bzw. € 289,36 inkl. USt.		
Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein – Korkstecktafeln	€ 2.223,81	€ 2.668,57
Fa. Grinninger, Steyr – Korksteckleisten	€ 265,20	€ 318,24

sowie dem Betrag für Unvorhergesehenes von € 1.608,61 exkl. USt. bzw. 1.930,33 inkl. USt.

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird unter Berücksichtigung des eingeräumten Skontos

der Mittelfreigabe von

€ 81.100,00 inkl. USt. (einundachtzigtausendeinhundert)
bei der VA-Stelle 5/212000/010000
(Neue Mittelschule – Gebäude)

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 7
GR Mag. Kurt Prack

StR Mag. Reinhard Kaufmann
GR Ing. Thomas Schurz
GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner
GR Rudolf Schröder
GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd
GRⁱⁿ Silvia Thurner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

20) GHJ2-7/15 **Zweite Etappe Sanierung der Klassenräume – Volksschule Wehrgraben.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Der nächste Antrag. Zweite Etappe der Sanierung der Klassenräume in der Volksschule im Wehrgraben. Hier gibt es auch eine lange Anbotsliste und es geht um 91.000 € und ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Für die zweite von drei Etappen der Sanierung der Klassenräume der Volksschule Wehrgraben, Wehrgrabengasse 22, werden entsprechend der Darstellung im Amtsbericht der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 11.02.2016 den Auftragsvergaben an die

	exkl. USt.	inkl. USt.
Fa. Malerei & Fassaden, Steyr – Malerarbeiten	€ 45.252,39	€ 54.302,87
Unvorhergesehenes € 1.357,57 exkl. USt. bzw. € 1.629,08 inkl. USt.		
Fa. Ecker, Steyr – Akustikdecken	€ 18.054,00	€ 21.664,80
Unvorhergesehenes € 541,62 exkl. USt. bzw. € 649,94 inkl. USt.		
Fa. FBS, Wolfers – Parkettboden schleifen	€ 5.236,48	€ 6.283,78
Unvorhergesehenes € 157,09 exkl. USt. bzw. € 188,51 inkl. USt.		
Fa. Kammerhofer, Steyr – Beleuchtung	€ 3.703,90	€ 4.444,68
Fa. Klausriegler, Steyr – Erneuerung Heizkörper	€ 2.312,92	€ 2.775,50
Fa. Mayr Schulmöbel, Scharnstein – Korkstecktafeln	€ 1.110,91	€ 1.333,09
Fa. Zehethofer, Steyr – Vorhangschienen	€ 409,83	€ 491,80

sowie dem Betrag für Unvorhergesehenes von € 2.056,28 exkl. USt. bzw. € 2.467,54 inkl. USt.

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird unter Berücksichtigung des eingeräumten Skontos

der Mittelfreigabe von

€ 91.000,00 inkl. USt. (einundneunzigtausend)
bei der VA-Stelle 5/211000/010000
(Volksschulen – Gebäude)

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **6**

StR Mag. Reinhard Kaufmann

GR Ing. Thomas Schurz

GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner

GR Rudolf Schröder

GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd

GRⁱⁿ Silvia Thurner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

21) GHJ2-1/16 Sanierung des Turnsaales – Volksschule Ennsleite.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Nächster Antrag befasst sich mit der Sanierung des Turnsaales in der Volksschule Ennsleite. Wieder eine sehr hohe Summe die hier zu vergeben ist. Angebote liegen vor, es geht um 212.000 €. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 11.02.2016 wird den Auftragsvergaben für die Sanierung des Turnsaales der Volksschule Ennsleite, Otto Glöckelstraße 6, an die

	exkl. USt.	inkl. USt.
Fa. Schweiger – Sport, Wartberg – Turnsaalsanierung	€ 111.532,47	€ 133.838,96
Fa. Grinninger, Steyr – Akustikdecke	€ 62.668,00	€ 75.201,60
Fa. Malerei & Fassaden, Steyr – Malerarbeiten	€ 7.908,00	€ 9.489,60

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung der Durchführung dieser Maßnahmen wird unter Berücksichtigung des eingeräumten Skontos

der Mittelfreigabe von

€ 212.000,00 inkl. USt. (zweihundertzwölftausend)
bei der VA-Stelle 5/211000/010000
(Volksschulen – Gebäude)

zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **5**

StR Mag. Reinhard Kaufmann

GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner

GR Rudolf Schröder

GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd

GRⁱⁿ Silvia Thurner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

22) SBS-6/16 Stadtbad Steyr – Preisanpassung Freibad per 1.5.2016.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Nächster Antrag befasst sich mit der Preisanpassung im Freibad ab den 1.5.2016. Es geht ja hier darum, dass dann die Freibadsaison wieder beginnt. Und die Erhöhung erfolgt um 10 Cent bei den Einzelverkaufskarten, 10er Block und dergleichen wie im Amtsbericht angeführt. Und ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtbetriebe Steyr GmbH vom 15.2.2016 wird der Preisanpassung Freibad per 1.5.2016 entsprechend der Beilage zugestimmt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Gemeinderat Freisais, bitte.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Grundsätzlich die Erhöhung moderat, finde ich in Ordnung, ist aus meiner Sicht kein Problem. Was mir bei der Durchsicht der Preise aufgefallen ist, dass die Saisontickets in Relation zu den Einzeltickets relativ teuer sind. Und jetzt wäre meine Frage, nachdem das aus den Unterlagen auch nicht klar hervorgeht, wie hoch ist der Kostendeckungsbeitrag aus den Saisontickets, und könnte man den eventuell erhöhen, wenn man da eine Preissenkung herbeiführen würde?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, die Frage jetzt zur Referenz soweit es in der Kürze möglich ist zu beantworten, oder sonst ergeht sie schriftlich. Zu Wort gemeldet noch der Kollege Kaltenböck. Bitte Herr Gemeinderat.

GEMEINDERAT MATTHIAS KALTENBÖCK:

Ja liebe Kolleginnen und Kollegen, wertes Präsidium, liebe Gäste. Grundsätzlich ist natürlich eine Erhöhung um 10 Cent, das klingt jetzt nicht sonderlich viel. Aber es sind doch 10 Cent die jedes Jahr auf jeden Tarif auch darauf geschlagen werden und daraus ergibt sich natürlich auch eine unterschiedliche prozentuale Erhöhung. Denn die günstigeren Tarife werden prozentual dann viel höher, oder viel stärker verteuert als Tarife die ohnehin schon teuer sind. Weil diese 10 Cent teureren Tarife einen weniger großen Anteil ausmachen. Deswegen

würde ich es allgemein für besser halten und auch zu einem gewissen Grad für sozial verträglicher, wenn man diese Tarife nicht mehr jedes Jahr anpasst, sondern nur alle zwei Jahre. Dann kann die prozentuale Steigerung auch in einem kleineren Bereich liegen und die Unterschiede zwischen den einzelnen Tarifen könnten hier besser geregelt werden. Grundsätzlich was ich hier aber als sehr wichtig erachte, was vorhin auch die Kollegin Frech angesprochen hat, ist ein Sozialpass der auch an Vergünstigungen im Freizeitbereich beachtet und auch wirklich sicher stellt, dass möglichst alle Menschen Freizeitaktivitäten in Anspruch nehmen können und somit am gesellschaftlichen Leben auch teilhaben können. Denn eine Erhöhung um 10 Cent ist für Mindestpensionisten, für den Mindestpensionisten, für den Mindestsicherungsbezieher, für die Mindestsicherungsbezieherin sicher drastischer als es jetzt vielleicht für jemanden ist der 4.000 € im Monat verdient. Für den oder die ist es im Endeffekt komplett egal, aber für diejenigen die sehr, sehr wenig Einkommen haben, für die macht so eine kleine Erhöhung dann doch auch schon einen kleinen aber feinen Unterschied. Und da sollte man eben über einen Sozialpass der wirklich gut aufgestellt ist und der wirklich auch hohe Vergünstigungen bietet dem entgegenwirken. Und deswegen gibt es auch bei mir für diesen Antrag jetzt eine Gegenstimme.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Der kausale Zusammenhang erschließt sich mir jetzt nicht, aber ist auch nicht meine Aufgabe. Ich muss nicht alles verstehen! Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Bitte das Schlusswort – Referent.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Herr Kollege Freisais sie haben also gesagt, wenn – der Preis sei ihnen zu hoch, also ich finde das überhaupt nirgendwo wo sie das sehen, weil in Wirklichkeit gibt es 105 mögliche Badetage. Und wenn sie an jedem Tag, und das können sie mit der Saisonkarte sozusagen das Bad betreten würden, dann kommen sie niemals zu dem Preis den sie sich vorstellen, dass der günstiger wäre, wenn er es mit Einzelkarte macht. Also das ist für mich nicht nachvollziehbar, weil wenn jemand sagt, dass sie eine Erwachsenenaisonkarte die ja ganztags gilt mit der Kabine um 115 € bekommen, und dass sie für einen Erwachsenen ganztags 3,60 € bezahlen pro Tag. Wenn sie das mit 105 Badetagen – möglichen Badetagen, ich rede nur von möglichen Badetagen, also hier multiplizieren plus also einen Kabinenpreis von 2 € den sie dazu bezahlen, dann zahlen sie also 5,60 € pro Tag. Und wenn sie das mit 105 multiplizieren können, kommen sie niemals auf einen Preis von 115 €. Ich verstehe also nicht – oder ich habe die Frage falsch verstanden, das könnte noch eine Möglichkeit sein, und das Nächste ist...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich habe kurz, kurz dazu wollte ich noch etwas sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Bitte!

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Ich schätze mal dass es die 105 Badetage theoretisch gibt, aber erstens einmal muss es ja nicht so viele Sonnentage überhaupt geben.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Für das bin ich nicht zuständig ich will nur sagen..... *allgemeines Gelächter* nein es tut mir leid, ich muss ja nur sagen, es gibt - es gibt 105 Tage wo sie baden gehen können, und von dem muss ich ausgehen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Da müssen wir wirklich in der Theorie bleiben. Aber das wird vielleicht zu mathematisch.Diverse unverständliche Zwischenrufe...es ist ja jetzt nur, ist ja auch diese Wortmel-

dung nur weil wie gesagt gleich, gleich dazu, weil vielleicht der Referent nicht verstanden was er verstehen hätte sollen oder können.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

..... und er kann nicht 105 Tage Nutzen annehmen wenn davon nur ein Bruchteil realistisch ist. Wenn man berufstätig ist hat man in der Regel auch nur an den Wochenenden Zeit bzw. kauft sich vielleicht ein Studenticket, und deswegen war meine Frage: würde sich nicht der Kostendeckungsbeitrag erhöhen, wenn das Saisonticket günstiger wird weil es eben attraktiver wird.....

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wenn mehr gekauft werden würde das muss jeder für sich entscheiden, rechnet es sich, oder rechnet es sich nicht. Aber er kann auch bei den Einzelkarten bleiben. So wie in der Sauna, kaufe ich mir einen Zehnerblock oder nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich möchte Ihnen nur kurz mitteilen, nur damit sie also ein bisschen beruhigter sind. Es sind alle Kabinen die ganzjährig für Saison zu Verfügung sind verkauft. Ich habe da keine Saisonkarte mit Kabine mehr, die ich verkaufen könnte, weil ich die Kabine gar nicht habe. Wenn das eine Antwort für sie ist, ...diverse Zwischenrufe von GR Pit Freisais vom Platz aus.....also ich wollte es ihnen nur sagen, ich habe keine einzige Kabine die ich ganzjährig vergeben könnte, weil die Leute die sie im Vorjahr gehabt haben schon wieder bestellen, dass sie sie eben nächstes Jahr eh wieder bekommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das sind die sogenannten Stammforellen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Und das zweite was ich zum Kollegen Kaltenböck sagen möchte, ich ersuche sie die Bäder rund um Steyr nach den Eintrittspreisen zu sichten und dann werden sie draufkommen, dass Steyr einen enorm sozialen Tarif hat.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das kann ich nur unterstreichen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ich ersuche um Beschlussfassung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wer für diesen Antrag ist den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung?

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

War das jetzt eine Gegenstimme nur?

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich habe zwei Gegenstimmen gesehen, stimmt das?

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Er hat die Hand zu lange oben gelassen, hat er gerade gesagt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Eine Gegenstimme. Kollege Kaltenböck, mit einer Gegenstimme wurde der Antrag mit breiter Mehrheit angenommen und kann nur unterstreichen, das Steyrer Stadtbad ist eines der günstigsten und auch eines der schönsten Freibäder in ganz Österreich. Nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **1**
GR Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **32**

Zustimmung: **31**

SPÖ 13 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GRⁱⁿ Silvia Thurner,)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRⁱⁿ Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, GR Dr. Markus Spöck MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 2 – (GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **1**

GRÜNE 1 – (GR Matthias Kaltenböck)

23) SBS-15/16 Einführung eines Übernahmetarifes für Bauschutt und Baurestmassen im ASZ Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Der nächste Punkt befasst sich mit etwas wo wir in Wirklichkeit keine Freude haben. Der Einführung eines Übernahmetarifes für Bauschutt und Baurestmassen im ASZ Steyr. Es geht darum, dass sozusagen sich leider hier die gesetzliche Lage verändert hat und es eine Recyclingbaustoffverordnung gibt, die also uns dazu zwingt diesen Baustoff und die Baurestmassen nicht mehr recyceln zu dürfen sondern sie deponieren zu müssen. Die Deponiekosten sind hier „leider Gottes“ relativ hoch und es geht daher darum, dass wir nicht kostenlos mehr so große Mengen an Bauschutt übernehmen können im ASZ. Und um das zu reglementieren haben wir eine sogenannte 60 Liter Freimenge eingeführt die man abgeben kann. Und für das was man darüber abgibt, gibt es sozusagen hier einen preislichen Vorschlag, der letztlich hier auch im Amtsbericht aufgeführt wird. Ich möchte nur kurz anmerken, dass also der Bezirk Steyr Land ab dem ersten Dekagramm was er als Bauschutt nimmt eine Gebühr einfordert. Ich ersuche um Beratung und Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtbetriebe Steyr GmbH vom 19. Februar 2016 werden folgende Übernahmetarife per 01. April 2016 für Bauschutt und Baurestmassen im Altstoffsammelzentrum Steyr festgelegt und beschlossen:

- **Freimenge:** 60 l pro Anlieferer und Tag

(4 Kübel mit max. 15 l **oder** ein Maurertrog mit max. 60 l)
darüber hinaus:

- Pro Kübel mit max. 15 l Inhalt: € 1,50 inkl. der ges. vorgeschr. Ust.
- Pro Maurertrog mit max. 60 l Inhalt € 6,00 inkl. der ges. vorgeschr. Ust
- Pro Maurertrog mit max. 90 l Inhalt € 9,00 inkl. der ges. vorgeschr. Ust

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Gemeinderat Pit Freisais, bitteschön.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ja 60 Liter das ist aus meiner Sicht einfach eine Gebühr durch die Blume. Mit 60 Liter kann ich gerade einmal ein paar Ziegel aus der Wand klopfen und dann ist das Limit erschöpft. Im Endeffekt will man sich einfach nur daran vorbeiswindeln, dass man sagt es gibt künftig eine Gebühr. Weil jeder der in der Wohnung – im Haus umreißt und da Schuttmassen zum Hinbringen hat, der wird entweder wochenlang abliefern oder einfach in die Gebühr hineinbeißen müssen. Und was mir auch noch nicht gefällt an dem Antrag ist, dass nicht genau aufgelistet ist, wie hoch die Kosten durch die Lagerung da sind. Also – durch wie erhöht sich die Kosten, was ist da prognostiziert, wie viel kostet das überhaupt wenn ein Einzelner etwas hinbringt? Wie viele bringen da etwas hin? Also das ist mir da zu – ja schwammig einfach ausformuliert und deswegen werde ich gegen den Antrag stimmen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, als nächster zu Wort gemeldet der Stadtrat Mayrhofer. Bitte Gunter.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrte Damen und Herren. Da reißt es mich richtig. Das kann doch nicht sein, dass jemand vollen Ernstes meint wenn er daheim seine Wohnung groß umreißt, dass er das alles in das Kommunalzentrum bringen kann. Dafür bitte gibt es Container die man ordnungsgemäß über die Baufirma oder wo man das macht, entsorgen lässt. Aber das kann es doch nicht sein, dass sie dann alles was ich an Schutt daheim habe, einfach in das Kommunalzentrum bringe. Da reden wir ausschließlich von Kofferraummengen! Ansonsten darf gar nichts in das Kommunalzentrum geliefert werden. Und über das würde ich schon ersuchen, dass man sich vorher erkundigt bevor man da im Gemeinderat redet.

APPLAUS

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut, Herr Kollege Freisais ich wollte darauf hinweisen, dass die ASZ-Ordnung eindeutig aussagt dass es um Haushaltsmengen geht. Also es geht nicht, dass sie sozusagen ihre Garage wegreißen und bauen sich eine Neue hin, oder eine Zwischenwand wegreißen und bauen oder weil sie ihr Wohnzimmer vergrößern. Wenn sie so geschickt sind, dass das irgendwo lagern und sie fahren es auf drei Tage in vier Kübel jeweils hin, steht sogar drinnen es geht um eine Anlieferung pro Tag! Also lasse ich da sogar ein bisschen Freiheit zum kreativ sein, wie sie ihren Schutt trotzdem kostenlos frei entsorgen. Aber grundsätzlich gebe ich dem Kollegen Mayrhofer natürlich recht, dass solche Dinge wie Umbaumaßnahmen natürlich nicht vorgesehen sind für so Altstoffsammelzentren, sondern wenn sie einen Rohrbruch haben und sie hauen sieben Fliesen heraus und ein paar Ziegel, weil sie sozusagen den Rohrbruch reparieren, und dann mauern sie dort wieder zu und tun die Fliesen drauf. Für so etwas ist es gedacht dass sie sich selbst sozusagen ein bisschen helfen können um diesen Schutt sozusagen nicht professionell entsorgen zu müssen, sondern in ein Altstoffsammelzentrum zu bringen. Und wenn sie die Kosten gerne wissen möchten, ich sage ihnen nur, der Transport alleine von 1 Tonne kostet ca. 43 €, die Deponiegebühr will ich ihnen lieber gar nicht sagen, weil da haut es sie gleich vom Sessel. Dankeschön.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

So nach diesen vielen praktischen Vorschlägen zum Umbauen und zum Zerstören, kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Eine Gegenstimme. Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit einer Gegenstimme mit breiter Mehrheit angenommen. Dankeschön, bitte der nächst Punkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt angenommen.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **32**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner,)

FPÖ 10 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GRin Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, GR Dr. Markus Spöck MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Gegenstimmen: **1**

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

24) GHJ2-76/11 **Änderung des Mietvertrages mit der Stadtbetriebe Steyr GmbH über die Nutzung von Räumlichkeiten im Objekt Steyr, Ennsnerstraße 10.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nur eine Formsache. Es ändert sich sozusagen de facto nichts Großartiges. Die Änderung des Mietvertrages mit der Stadtbetriebe Steyr GmbH über die Nutzung der Räumlichkeiten im Objekt Steyr, Ennsnerstraße 10. Es wurde ein Zimmer wo vorher der Betriebsrat drinnen war, sozusagen abgeändert. Da ist jetzt sozusagen das Zentrum drinnen, wenn es um Katastrophenschutz geht. Und dort die Kommission bzw. die Bearbeiter zusammentreten müssen, außerdem ist sozusagen der Bezirksschulrat ja dort ausgezogen und die Räumlichkeiten sind einerseits an die Stadtbetriebe Steyr gegangen, und an den Betriebsrat dann, und daher war diese Änderung sozusagen im Vertrag notwendig. Wer sozusagen jetzt die Nutzer dieser Räumlichkeiten sind sonst geht's an und für sich dort um nichts. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 11.02.2016 wird der Änderung des Mietvertrages vom 02.04.2012, den die Stadt und die Stadtbetriebe Steyr GmbH über Räumlichkeiten im Objekt Ennserstraße 10 abgeschlossen haben entsprechend dem beigeschlossenen Nachtrag zu diesem Mietvertrag samt Beilagen genehmigt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wer für diese kleine Änderung des Mietvertrages mit der SBS ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist wer dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte dein nächster Punkt und auch dein letzter Punkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

25) SBS-18/16 Eisbearbeitungsmaschine – Klage auf Wandlung.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Hier geht es jetzt sozusagen nur um eine Genehmigung durch den Gemeinderat, dass wenn es notwendig werden würde zu klagen, dass wir die rechtliche Möglichkeit haben hier diese Klage auch einzubringen. Es geht darum, dass wir eine Eisbearbeitungsmaschine ja angekauft haben. Und jetzt haben wir die Schwierigkeit, dass diese Eisbearbeitungsmaschine so nicht funktioniert, wie sie funktionieren sollte. Nämlich der Auswurf des aufgenommenen Eises bei der Aufbereitung der Eiskunstbahn. Es wurden also schon ein paar Verbesserungen gemacht. Jetzt gibt es die neuerliche Verbesserung – das Verbesserungsangebot dass sie eine Waschanlage einbauen und all diese Dinge mehr. Und für uns geht es sozusagen darum, dass es – dass wir eine Klagemöglichkeit haben auf Wandlung dieses Ankaufes des Gerätes und um Rücknahme durch die Firma, wenn es keinen Erfolg durch diese Umbaumaßnahmen geben sollte. Und das wollen wir uns sozusagen auf der einen Seite rechtlich absichern und auf der anderen Seite auch die Firma sozusagen in Zugzwang zu bringen, damit sie überhaupt dieses Angebot gemacht haben. Und da es natürlich um eine Maschine geht, die letztlich auch von der Stadt angekauft wurde, geht es darum, dass wir sozusagen vom Gemeinderat die Zustimmung brauchen für eine Möglichkeit zur Wandlungsklage.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtbetriebe Steyr GmbH vom 7.3.2016 wird der Einbringung einer Klage auf Wandlung des Geschäftes zugestimmt

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet hat sich der Gemeinderat Zöttl. Bitteschön.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG ZÖTTL; BED:

Werte Damen und Herren. Ich habe nur eine ganz kurze Frage. Und zwar bei der Technik denke ich mir, da muss eine technische Spezifikation muss es ja geben für die Anlage. Und mich würde nur interessieren, wie ihre persönliche Einschätzung wenn es wirklich so weit kommt zu einer Klage, wie die Aussichten sind. Stelle ich mir gut vor, weil eine technische

Spezifikation muss es ja gegeben haben, und die nächste ist, wenn das nicht der Fall wäre, mit was für welche Kosten muss die Stadt Steyr rechnen. Sprich werden wahrscheinlich Anwaltskosten kommen und wie die Abschätzung ist. Das heißt mir ist das klar und es ist ein Haufen oder sehr viel Schriftverkehr gewesen und was da gemacht wird. Aber die Eismaschine muss funktionieren, denn normalerweise sollte es die technische Spezifikation dafür geben.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Ja geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte diese Frage gerne beantworten. Natürlich hat es diese Spezifikationen gegeben bei der Ausschreibung. Diese Spezifikationen an und für sich sind auch erfüllt und die Maschine gibt es schon zig Mal in Europa natürlich und ist unterwegs. Die größte Problematik glaube ich persönlich die dabei ist, dass wir keine geschlossene Halle haben und daher die Temperaturunterschiede da sind. Und sie sind noch nicht zurechtgekommen wie sozusagen das Eis da rausrutscht aus dem Wagen. Und es gibt andere Maschinen die sozusagen eine Kippvorrichtung haben und das zusätzlich zu unterstützen. Das hat diese Maschine nicht! Ich kann nur sagen sie sind bemüht, was das letztlich alles genau kosten würde, kann ich nicht sagen. Ich hoffe aber, dass wir eine Lösung zustande bringen werden die entweder das beinhaltet dass diese Maschine einfach diese Aufgaben erfüllt, die sie zu erfüllen hat. Oder dass wir sozusagen uns einigen werden darauf, dass diese Firma getauscht wird. Ich glaube, dass diese Firma an und für sich, die Firma ASD ist, dass die auch das Kühlsystem zur Aufbereitung an uns geliefert hat. Ich glaube nicht, dass die größeres Interesse haben mit uns in einen Krieg einzutreten.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut, so beantwortet ich glaube auch, dass dieser Beschluss dazu dienen soll den Druck zu erhöhen und zu zeigen der Firma dass wir es wirklich auch ernst meinen. Wer für diesen Antrag ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Bedanke mich für die breite Berichterstattung und darf die Frau Vizebürgermeisterin Weixlberger um ihren Tagesordnungspunkt ersuchen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **1**
GR Rudolf Blasi

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

26) Fin-147/14 Private Kinderbetreuungseinrichtungen in Steyr, Änderungen der Endabrechnungen der Pfarrkindergärten Wieserfeldplatz und Münchenholz für das Betreuungsjahr 2014/15.

VIZEBÜRGERMEISTERIN INGRID WEIXLBERGER:

Im Unterschied zum Kollegen habe ich leider nur einen Antrag vorzutragen. Bei mir wird es hoffentlich etwas schneller gehen. In meinem Antrag geht es um die Abrechnung des Kindergartenjahres 2014/15. Es liegen uns jetzt die letzten beiden Kindergärten - Caritaskindergärten Münchenholz und Wieserfeldplatz vor. Wo es noch Investitionskosten gegeben hat die auch beim Land eingereicht wurden. Nachdem vom Land dafür keine Unterstützung bezahlt wird, bleibt es wieder an der Stadt Steyr, an uns hängen diesen Restbetrag auszuzahlen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 02.03.2016 wird den nachträglichen Änderungen der Endabrechnungen für das Kinderbetreuungsjahr 2014/15 bei den Pfarrkindergärten Münchenholz und Wieserfeldplatz im Sinne des vorstehenden Amtsberichtes zugestimmt.

Demnach erhöht sich beim Pfarrkindergarten Münchenholz der für das Betreuungsjahr 2014/15 auszahlende Restbetrag um € 3.833,-- sowie beim Pfarrcaritas Kindergarten Wieserfeldplatz auf Grund des anzuerkennenden Abrechnungsbetrages auf € 16.809,--. Zusätzlich ist beim Pfarrkindergarten Wieserfeldplatz der auf Grund des bisher errechneten Guthabens bei Auszahlung des ersten Teilbetrages für das laufende Kindergartenjahr in Abzug gebrachte Betrag von € 30.000,-- ebenfalls zur Auszahlung zu bringen, sodass sich die Endabrechnung für die privaten Kindergärten um insgesamt € 50.642,-- erhöht. Dieser Betrag wird bei der VA-Stelle 1/240000/757000 freigegeben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wünscht jemand zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort. Bitte, Herr Dr. Ritter.

STADTRAT DR. MARIO RITTER:

Es geht um den Pfarrkindergarten Wieserfeldplatz. Wenn man sich da so durchliest, da kommt man auf Summen von nicht nachvollziehbarem Zuschuss der Caritas in der Höhe von 30.000, da kommt auf Fehlbuchung. Der Verantwortliche für den Kindergarten bezüglich des Budgets wurde entlassen, ausgewechselt und dann kommt es wieder zu Rückbuchungen. Wissen sie, wenn ich mir das Ganze so durchlese oder anhöre und das in der Privatwirtschaft passiert, dann sind sie eigentlich, dann haben sie ein Verfahren beim Finanzamt. Ich glaube das ist etwas für den Kontrollausschuss.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, ja. Der Hinweis trifft es ja so wie sie es ja gebracht haben – die Caritas! Die Caritas hat bei der Abrechnung, wir haben es im Stadtsenat ja so besprochen und auch versucht aufzuklären, die Abrechnung falsch gemacht und hat dann eine modifizierte vorgelegt, die von unserem Mag. Hochgatterer auf „Herz und Nieren“ natürlich geprüft wurde und für richtig befunden wurde. Und genau über dieses schon geprüfte Ding stimmen wir jetzt ab. Aber der Kontrollausschuss kann sich sicherlich gerne auch mit dieser Abrechnung dann beschäftigen, wieso nicht. Man muss nur einen Antrag stellen, also da spricht überhaupt nichts dagegen. Aber wir haben denke ich von seitens der zuständigen Stellen genauestens überprüft, genauestens nachgerechnet und haben die zweite Abrechnung als richtig festgestellt. Und bei der ersten haben wir eh schon besprochen, ist auch dem nachrechnenden Sachverständiger also Beamten aufgefallen, dass das eigenartig ist, aber in dem ein Vorteil für die Stadt heraus gekommen ist, weniger zu zahlen haben wir nicht gleich hier geschrien. Was glaube ich auch kein Nachteil ist und jetzt müssen wir es halt zahlen. Aber wieso nicht einen Antrag im Kontrollausschuss stellen. Gut dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bedanke mich für die Berichterstattung und darf den Herrn Vizebürgermeister Zöttl

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **1**
GR Florian Schauer

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

27) BauStrP-2/16 Asphaltierungsprogramm 2016; Vergabe der Arbeiten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren. In meinem Antrag geht es um das Asphaltierungsprogramm 2016, damit die Straßen wieder auf Schuss gebracht werden können und die jetzt nach dem Winter im Frühjahr anfallenden Schlaglöcher dementsprechend bald wieder zu sind. Und da geht es um die Summe von 657.392,11 € und da bitte ich um ihre Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau, vom 3. März 2016 wird der Vergabe zur Errichtung des Asphaltierungsprogrammes 2016 in Höhe von EUR 657.392,11 inkl. USt. (EUR 547.826,76 exkl. USt.) an die Fa. Felbermayr BauGmbH & CoKG, 4600 Wels, Machstraße 7, zugestimmt und der Auftrag wie folgt erteilt:

1. Gehsteigabsenkungen
2. Pflasternachsorge
3. Konradstraße - Sanierung im Bereich Punzerstraße bis APM inkl. Belag
4. Rennbahnweg - Trompete - Belagssanierung
5. Hochstraße BA 2 im Bereich Wasserbehälters bis Hochstraße 20
6. Gablerstraße - Sanierung der Verbindungsstraße
7. Roseggerstraße - Sanierung im Bereich Goethestraße bis Schillerstraße
8. Fräsprogramm 2016

Für Unvorhergesehenes in Höhe von EUR 35.847,90 inkl. USt. (EUR 29.873,25 exkl. USt.) und Ergänzungen von EUR 20.760,-- inkl. USt. (EUR 17.300,-- exkl. USt.) wird ein Betrag von EUR 56.607,90 inkl. USt. (EUR 47.173,25 exkl. USt.) bewilligt.

Unter Berücksichtigung des eingeräumten Skontos werden die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 620.000,-- inkl. USt. bei den nachstehend angeführten Voranschlagsstellen freigegeben:

Baustelle	VSt.	Dotierung in EUR inkl. USt.	Bemerkung	V-Nr.
Gehsteigabsenkungen	5/612000/002000	15.000,00	Asphaltierungspr. 2016	V03/16
Fugensanierung	5/612000/002000	20.000,00	Fugensanierung	V04/16
Pflasternachsorge	5/612000/002000	30.000,00	Asphaltierungspr. 2016	V04/16
Konradstraße	5/612000/002000	125.000,00	Asphaltierungspr. 2016	V10/16
Konradstraße	5/612000/002000	100.000,00	Ausfinanzierung 2017	---
Rennbahnweg	5/612000/002000	60.000,00	Asphaltierungspr. 2016	V13/16

Hochstraße BA2	5/612000/002000	80.000,00	Asphaltierungspr. 2016	V06/16
Gablerstraße	5/612000/002000	80.000,00	Asphaltierungspr. 2016	V15/16
Roseggerstraße	5/612000/002000	80.000,00	Asphaltierungspr. 2016	V14/16
Gehsteigabsenkungen R+F	5/612100/002300	15.000,00	Behindertengleichstellg.	V02/16
Beleuchtung i.Z. des Straßenbaues	5/816000/050000	15.000,00	Beleuchtungspr. 2016	V01/16
Instandhaltung	1/612000/611000	0,00	gesondert beauftragt	---
Fräsarbeiten	1/612000/611200	0,00	gesondert beauftragt	---
Freigabesumme		620.000,00		

Auf die Auftragssumme fehlen EUR 75.000,-- inkl. USt. (EUR 62.500,-- exkl. USt.), welche aus Mitteln der Instandhaltung und der Fräsarbeiten im Einzelfall gesondert beauftragt werden.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 620.000,-- inkl. USt. notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu diesem sehr teuren Antrag liegt mir keine Wortmeldung vor. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich.....Entschuldigung- Pardon - Mag. Kaufmann bitte.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Nur eine kurze Einleitung. Ja ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, das auch hier zu sagen, wir haben so zwischen den Fachabteilungen Verkehr und Bauen als Thema. Und wenn Veränderungen bei Straßen anstehen oder Sanierungsmaßnahmen, dann soll es natürlich nicht nur darum gehen jetzt einfach einen vorherigen Zustand wieder herzustellen, sondern das man bei der Gelegenheit auch hinfährt, was kann man dort an Verbesserungen auch umsetzen. Also etwa Verkehrssicherungsmaßnahmen oder dafür zu sorgen dass eine Frischasphaltierung nicht dazu führt, dass jetzt eine 30er Zone zur 50er Zone werden kann, obwohl die Umgebung und Wohnbebauung und so nicht ändert, also auf diese Dinge wollte ich in dem Zusammenhang nur hinweisen. Schauen wir auch bei dieser Gelegenheit und es geht also nicht nur darum hier alles glatt und schön zu machen, sondern auch sicherer und besser zu machen. Dann eine Ergänzung, ansonsten ist natürlich der Antrag auch mit unserer Zustimmung zu versehen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mit diesen zusätzlichen Anmerkungen kommen wir zur Abstimmung. Schlusswort, möchtest du noch?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Herr Kaufmann sehe ich das als Zustimmung für die Westspange, dass wir die Westspange ordentlich asphaltieren?

Allgemeines Gelächter

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir kommen somit zur Abstimmung. Wer für das neue Asphaltierungsprogramm 2016 ist und die Vergabe der Arbeiten zu diesen Preisen, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Als nächster Berichterstatter ist der Stadtrat Gunter Mayrhofer am Wort. Bitte Gunter.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

28) Fin-259/15 AKKU Kulturzentrum Steyr – Jahressubvention 2016.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. In meinem einzigen Antrag geht es um das AKKU Kulturzentrum und hier um die Jahressubvention in Höhe 33.000 €. Wir haben ja das schon mit dem Budget auch beschlossen. Ich darf noch einmal erinnern - Akku macht ein sehr wertvolles Kulturprogramm für die Stadt Steyr. Und wenn man dort war und sich das einmal angesehen hat, der weiß dass das nur mit einem gewaltigen Einsatz der handelnden Personen, teilweise der ganzen Familie dort möglich ist, und ich ersuche um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 1. Februar 2016 wird dem AKKU Kulturzentrum Steyr, vertreten durch den Obmann Kurt Daucher, 4400 Steyr, Färbergasse 5, eine Jahresförderung für das Jahr 2016 in der Höhe von

€ 33.000,-- (i.W. EURO dreißigdreitausend)

gewährt.

Der genannte Betrag findet seine Deckung bei der **VA-Stelle 1/300000/757000** (Kulturangelegenheiten – lfd. Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbschar. – AKKU) und wird aus dieser VA-Stelle freigegeben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vor. Somit kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht – Entschuldigung - Eine Enthaltung, also eine Gegenstimme. Der Antrag wurde mit einer Gegenstimme mit breiter Mehrheit angenommen. Bedanke mich, und darf nun den Dr. Michael Schodermayr als Berichterstatter

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt angenommen.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **32**

SPÖ 14 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.ⁱⁿ Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GRⁱⁿ Mag. Barbara Kapeller, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GRⁱⁿ Silvia Thurner,)

FPÖ 9 – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, GRin Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GRⁱⁿ BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Ing. Thomas Schurz, GR Dr. Markus Spöck MBA, GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (GR Matthias Kaltenböck, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

NEOS 1 – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: 1

FPÖ 1 – (StR Dr. Mario Ritter)

BERRICHTERSTATTER DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

29) Fin-36/16 Frauenstiftung Steyr; Subventionsansuchen 2016.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ja danke. Geschätzte Anwesende, ich hätte gerne Subvention für meine Nachbarn, das ist die Frauenstiftung Steyr. Und zwar geht es hier um die jährliche Summe von und gleichgebliebene Summe über - von 31.600 €. Über die Frauenstiftung glaube ich brauche ich nicht viele Worte verlieren. Die eben solche Tätigkeit im Bereich der Beratungsqualifizierung – Aus- und Weiterbildung von arbeitslosen Frauen haben sie sich ja wirklich schon große Verdienste erworben. Die Höhe der Subvention ergibt sich durch die Höhe der Jahresmiete der Räumlichkeiten. Ich bitte um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 12.02.2016 wird dem Verein Frauenstiftung Steyr, Hans-Wagner-Straße 2-4, 4400 Steyr für den laufenden Betrieb im Jahr 2016 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

€ 31.600,00

(Euro einunddreißigtausendsechshundert)

gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VASSt. 1/429100/757000 V02/16 freigegeben.

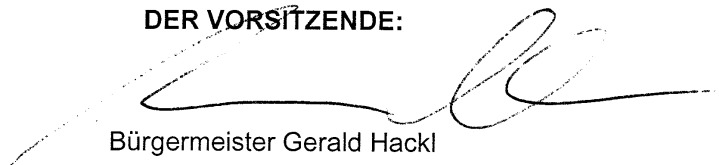
BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut, dann ersuche ich gleich um Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bedanke mich, wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt und somit auch am Ende der Sitzung. Bedanke mich, und wünsche noch einen schönen Spätnachmittag.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.


ENDE DER SITZUNG UM 16:37 UHR.

DER VORSITZENDE:

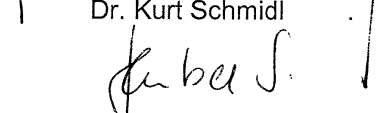


Bürgermeister Gerald Hackl

DIE PROTOKOLLFÜHRER:




Dr. Kurt Schmid




Sibylle Huber

DIE PROTOKOLLPRÜFER:



GRⁱⁿ Helga Feller-Holler



GR Dr. Markus Spöck, MBA